

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Kultur, Engagement und Demokratieförderung

65. Sitzung
16. März 2026

Beginn: 14.02 Uhr
Schluss: 17.03 Uhr
Vorsitz: Peer Mock-Stümer (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht des Senats

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0342](#)
Die Bedeutung von „Kunst am Bau“ und „Kunst im
Öffentlichen Stadtraum“ für Künstler und die Stadt KultEnDe
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

Hierzu: Anhörung

Ich gehe davon aus, dass wieder die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht wird. – Danke, Frau Abgeordnete Billig, für das Nicken! Dann verfahren wir auch so.

Als Anzuhörende begrüße ich auf das Herzlichste Herrn Dr. Peter Dobrick von Stadtbild Deutschland e. V., Ortsverband Berlin, Herrn Matthias Einhoff in seiner Eigenschaft als Leiter des Zentrums für Kunst und Urbanistik bei der KUNSTrePUBLIK e. V., die Kulturwissenschaftlerin Frau Elke Falat, die Kuratorin Frau Sophie Goltz, Sie waren ehemalige Stadtkuratorin der Freien und Hansestadt Hamburg, und last but not least Herrn Martin Schönfeld und Frau Katinka Theis vom Büro für Kunst im öffentlichen Raum des bbk berlin. – An alle ein herzliches Willkommen!

Sie sind darauf hingewiesen worden, dass die Sitzung wieder live auf der Webseite des Abgeordnetenhauses gestreamt und dass ebenfalls eine Aufzeichnung auf der Webseite aufzurufen sein wird. Ich gehe davon aus, dass Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind. – Ich höre keinen Widerspruch, dann können wir so verfahren.

Dann kommen wir zur Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 3 durch die Fraktion der CDU und/oder der Fraktion der SPD. – Die Fraktion der SPD möchte begründen. – Frau Kühnemann-Grunow, Sie haben das Wort, bitte schön!

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir freuen uns erst einmal, dass wir so viel Expertise im Raum haben, weil Kunst am Bau oder auch Kunst im öffentlichen Raum sowohl für Künstlerinnen und Künstler, aber auch für Berlin, also für unsere Stadtgesellschaft, eine wichtige Bedeutung haben. Beide Formen bringen Kunst direkt in den Alltag der Menschen und erfüllen sowohl kulturelle, soziale, aber auch städtebauliche Funktionen. Wir haben uns dazu entschieden, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen, weil es in dem Zusammenhang natürlich ein paar Fragen gibt, die bei uns entstanden sind oder immer noch im Raum stehen; zum einen, welche Bedeutung es für die Künstlerinnen und Künstler hat, wenn sie solche Aufträge bekommen, zum anderen möchten wir nachfragen, da wir keine Expertinnen sind, welche künstlerische Möglichkeiten es eigentlich gibt. Wir kennen Gründerzeitbauten, die sehr verziert sind, aber inzwischen gibt es auch Skulpturen, farbliche Gestaltung et cetera. Da gibt es unglaublich viel. In dem Zusammenhang ist auch die Frage von Interesse, wie die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Künstlerinnen und Künstlern, Stadtplanerinnen und -planern, Ingenieurinnen und Ingenieuren oder auch Architektinnen und Architekten vonstattengeht. Gibt es da

schon relativ früh eine Zusammenarbeit? Wie findet das Matching statt, wie kommt man zu einander?

Wir haben große Bauvorhaben. Wenn man sich beispielsweise anschaut, wie groß das Volumen für einen Schulneubau ist, und wir davon ausgehen, dass die meisten Länder einen prozentualen Anteil der Bausumme für Kunst am Bau ausgeben, dann kann es auch mal eine größere Summe sein. Wie sind da Ihre Erfahrungswerte? Wünschen Sie sich da mehr, oder haben Sie das Gefühl, dass nicht so viel verausgabt wird, wie eigentlich möglich wäre? Wie ist die Auftragssituation? Wie ist die Sichtbarkeit? Welche Ausdrucksformen gibt es? Vielleicht ist es Ihnen möglich, konkrete Beispiele in Berlin aufzuzeigen, die für uns von Interesse sind.

Auf jeden Fall freuen wir uns auf Ihren Vortrag, Ihre Beispiele und Ihre Expertise! – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Frau Abgeordnete! – Dann beginnen wir mit der Anhörung. Auf den Fünfminutenkorridor sind Sie hingewiesen worden, und mir wurde signalisiert, dass Frau Theis und Herr Schönfeld – Ach so, die einleitende Stellungnahme, entschuldigen Sie! – Frau Staatssekretärin, Sie haben das Wort, bitte schön!

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kunst am Bau und auch Kunst im öffentlichen Raum haben für alle in Berlin, glaube ich, eine kulturelle und vor allem auch ästhetische Bedeutung. Das Wesentliche bei beiden Formen ist, dass das Land Berlin an völlig unterschiedlichen Orten mitten im öffentlichen Leben Kunst am Bau und Kunst im Stadtraum stattfinden lassen kann. Die Kunstwerke sind frei zugänglich und bieten damit allen Bürgerinnen und Bürgern ein niedrigschwelliges Angebot, um zeitgenössische Kunst außerhalb von Museen und anderen Ausstellungszusammenhängen zu erfahren.

Ich selbst habe durch die Berliner Schulbauoffensive vor allen Dingen mit Kunst am Bau zu tun gehabt. Martin Schönfeld und ich haben in mehr als einem Wettbewerbsverfahren zusammengessen. Das spiegelt auch den Anstieg der durchgeführten Kunst am Bau wider. Man muss immer dazu sagen, dass Kunst am Bau schon seit 1979 als verbindliche Vorgabe für die Umsetzung in der ABau geregelt ist. Sie ist in den vergangenen Jahren sehr unterschiedlich gelebt worden, und ich glaube, dass es eine gute Möglichkeit ist, dieses Verfahren weiterzuführen, vor allen Dingen deswegen, weil sich die Verfahren an professionell arbeitende bildende Künstlerinnen und Künstler richten. Sie bietet den Künstlerinnen und Künstlern eine gute Möglichkeit, ihre Kunst öffentlich darzustellen und sich selbst und ihre Kunst zu präsentieren.

In den Jahren 2024 und 2025 wurden insgesamt 34 Wettbewerbe für Kunst am Bau durchgeführt. Es ist immer die Kopplung zwischen der Senatsverwaltung, dem Büro Kunst am Bau und den Bezirken, also eine Kombination, die hier stattfindet, je nachdem, wo sich die Liegenschaft, für die das Verfahren durchgeführt wird, befindet.

Die Senatsverwaltung ermöglicht die Umsetzung von Projekten im öffentlichen Raum – das ist noch mal ein zweiter Teil, der mit Kunst am Bau nichts zu tun hat – durch reguläre und juriierte Förderverfahren. Das Abgeordnetenhaus hat dafür im Haushaltstitel Mittel zur Verfü-

gung gestellt. In den vergangenen Jahren haben viele unterschiedliche Projekte im Stadtraum stattgefunden. Ich will allerdings nicht verhehlen, dass in diesem Jahr lediglich 125 000 Euro zur Verfügung stehen. Das ist für diese Bereiche natürlich eine schmerzliche Einsparung. Allerdings müssen wir einfach sehen, wie wir den Landeshaushalt konsolidieren, und deswegen sind diese Mittel reduziert worden.

Außerdem ist noch wesentlich, dass die Senatsverwaltung in engem Austausch mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung steht. Hier soll die ABau überarbeitet werden, um den Stellenwert von Kunst am Bau und Kunst im öffentlichen Stadtraum, einschließlich ihrer Vermittlung, Pflege und Dokumentation, weiter zu stärken. Die Senatsverwaltung plant, die novellierte Vorschrift für das zweite Quartal 2026 vorzulegen. Ich glaube, das, was in Ihren Stellungnahmen und Beiträgen gezeigt werden wird, ist, dass wir schauen müssen, wie wir es gemeinsam gestalten können, dass für professionell arbeitende Künstlerinnen und Künstler in der Stadt Flächen und Möglichkeiten in den unterschiedlichen Bereichen zur Verfügung stehen, die eben nicht in Museen oder Ausstellungen, sondern jedermann und niedrigschwellig zur Verfügung stehen und angeschaut werden können.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin! – Dann beginnen wir jetzt mit der Anhörung. Mir wurde signalisiert, dass Frau Theis und Herr Schönfeld beginnen möchten, und wir dann in alphabetischer Reihenfolge weitermachen. Sie haben uns beide eine Präsentation mitgebracht, und die Redezeit wird aufgeteilt. Bitte schön, Sie haben das Wort!

Martin Schönfeld (kulturwerk des bkk; Büro für Kunst im öffentlichen Raum – KIÖR –):

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Vielen Dank für die nette Begrüßung und die gute Einleitung in das Thema! – Ich darf mich beziehungsweise uns kurz vorstellen: Katinka Theis und Martin Schönfeld. Wir arbeiten im Büro für Kunst im öffentlichen Raum. Das Büro für Kunst im öffentlichen Raum ist eine Abteilung des kulturwerks des berufsverbandes bildender künstler. Wir sind für die infrastrukturelle Förderung der professionellen bildenden Kunst im Land Berlin zuständig, und das Büro für Kunst im öffentlichen Raum unterstützt vor allem die Senatsverwaltungen und die Berliner Bezirke bei der Umsetzung der Anweisung Bau für Kunst am Bau und Kunst im Stadtraum.

Vieles ist bereits einleitend gesagt worden, vor allem auch die Fragen von Frau Kühnemann-Grunow, auf die ich gleich eingehen werde. Ich wollte kurz etwas über die Anweisung Bau als Grundlage der Tätigkeit für Kunst am Bau sagen. Das hat Frau Richter-Kotowski schon alles ausgeführt. Es ist ganz wichtig, dass Kunst am Bau maßnahmengebunden, also mit konkreten Baumaßnahmen verbunden ist, und die Kunst im Stadtraum im Haushaltstitel 81278, den Sie auch vorne dort im Screen sehen können, maßnahmenungebunden ist.

Die Anweisung Bau gibt die Möglichkeit, Kunst in der Breite wirken zu lassen und vielfältige Menschen aller Klassen, aller Generationen an hochprofessionell bildender Kunst teilhaben zu lassen. Das ist die besondere Qualität, die besondere Stärke der Kunst am Bau.

Vor allem in den letzten Jahren, auch bewirkt durch die Berliner Schulbauoffensive, ist sehr viel Kunst in verschiedensten Formen entstanden, die von klassischen Formen, wie Bild und

Skulptur bis hin zur Medienkunst reichen, also mediale Installationen, Lichtinstallationen und so weiter. Es ist vieles entstanden, und es ist auch möglich geworden, im Rahmen dieser Baumaßnahmen der Berliner Schulbauoffensive, über einen Auftrag hinaus sogar vier Aufträge zu erteilen. Beispielsweise wurde an einem Schulbau in Berlin-Hellersdorf, dem Schulneubau in der Erich-Kästner-Straße, nicht eine Künstlerin, sondern sogleich vier Künstlerinnen beauftragt. Also auch das ist möglich.

Was verbesserungsbedürftig ist, ist die schon genannte Anweisung Bau. Wir wissen nicht, was in der Fortschreibung drinsteht. Ich hatte mich bemüht, im Vorfeld des heutigen Treffens eine Fassung zu erhalten. Es gibt Verbesserungsbedarf in der Anweisung Bau, und, was auch noch ein wichtiges Kapitel ist und Frau Kühnemann-Grunow auch angesprochen hat, ist die Interdisziplinarität, die Kooperation mit der Architektur, wo es bei der Architektur häufig Abwehrreaktionen auf Kunst gibt: Bloß nicht an die Fassade und so weiter! – Das sollte auf alle Fälle verbessert werden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ein wichtiger Gedanke, ein zentrales Stück für uns ist die demokratische Wettbewerbskultur. Es handelt sich um öffentliche Mittel, die ausgeschrieben werden müssen. Frau Richter-Kotowski hat auf Wettbewerbsverfahren hingewiesen. Damit vertritt das Büro – das sehen Sie jetzt auf dem Screen – auch ein wichtiges Instrument der professionellen Kunstförderung, nämlich unsere Künstlerinnen- und Künstlerdatenbank, die wie ein Bieterverzeichnis wirkt, in dem sich alle professionell bildenden Künstlerinnen und Künstler selbst bewerben können und selbst signalisieren können, dass sie Interesse haben, an diesen Aufträgen für Kunst am Bau und Kunst im Stadtraum mitzuwirken. Damit wird dieses Beziehungssystem von guten Beziehungen zu Architekten, zur Verwaltung oder Kuratoren überwunden, und die Künstlerinnen und Künstler haben selbst die Möglichkeit, in Wettbewerbsverfahren zu kommen.

Katinka Theis wird jetzt noch über die Kunst im Stadtraum sprechen.

Katinka Theis (kulturwerk des bbk berlin; KIÖR): Die Kunst im Stadtraum ist im Gegensatz zur Kunst am Bau nicht maßnahmegebunden, sie wird aus Fördermitteln finanziert wie dem Haushaltstitel 81278 für Kunst im Stadtraum, der jetzt so stark gekürzt wurde, und auf bezirklicher Ebene zuletzt durch das Programm DRAUSSENSTADT, das vollkommen gestrichen wurde. Mit der Kunst im Stadtraum werden Stadtquartiere bespielt, die große städtebauliche Fragen aufwerfen, in denen Orte der Begegnung fehlen und Stadträume nur wenig Aufenthaltsqualität bieten – zuletzt am Beispiel der Leipziger Straße, der eine utopische stadtplanerische Idee aus den 1970er Jahren zugrunde liegt, die aus heutiger Sicht viele Fragen aufwirft. Für dieses Stadtquartier ist ein offener Wettbewerb ausgelobt worden, aus dem drei Projekte hervorgegangen sind, die Sie hier sehen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich glaube, die Zeit lässt es nicht zu, die Beispiele zu benennen, deswegen komme ich an der Stelle zu dem Punkt, dass leuchtende Projekte wie diese, bei denen durch Partizipation in den Kunstwerken und durch unterschiedliche Akteure, die durch solche Projekte Fragen zur Stadtentwicklung stellen, bis hin zu einem Rahmenprogramm, das solche Projekte begleitet, wirklich viel Begegnung stattfindet, geschaffen und für die Künstlerinnen und Künstler ein wichtiges Arbeitsfeld bereitgestellt wird, das außerhalb vom Kunstmarkt stattfindet und direkt möglich macht, gesellschaftliche Fragestellungen zu bearbeiten. Dieses wichtige Feld ist eigentlich so nicht mehr fortführbar.

In diesem Sinne hoffen wir sehr, dass der heutige Impuls Früchte trägt und wieder etwas auf den Weg gebracht werden kann. – Danke schön!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Dann würden wir mit Herrn Dr. Dobrick fortfahren. – Bitte schön!

Dr. Peter Dobrick (Stadtbild Deutschland e. V. Ortsverband Berlin): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Ausschussmitglieder! Sehr geehrte Frau Senatorin und Frau Staatssekretärin! Vielen Dank für die Einladung zu dieser Anhörung zur Bedeutung von Kunst am Bau und Kunst im öffentlichen Stadtraum für Künstler und die Stadt! Ich möchte hierzu als Vertreter eines Teils der Stadtgesellschaft sprechen. Mein Name ist Peter Dobrick. Ich leite seit 2020 den Berliner Ortsverband des bundesweit tätigen Baukulturvereins Stadtbild Deutschland e. V. Zu diesem Thema wurden mir vorab eine Auflistung von Fragen übersandt, die ich im Folgenden, soweit möglich, beantworten möchte.

Der Berliner Ortsverband und auch die anderen baukulturell engagierten Berliner Bürgervereine, mit denen wir zusammenarbeiten, sind nicht in die Praxis der Auftragsvergabe zur Kunst am Bau eingebunden. Meine Antworten zur Vergabep Praxis beruhen daher auf meiner Literaturrecherche zu diesem Thema und auf persönlicher Anschauung von Kunst am Bau im öffentlichen Raum in Berlin. Grundsätzlich stehen wir der Förderung von Kunst, Kunsthandwerk und natürlich der Baukunst sehr positiv gegenüber. Lässt man die in den letzten Jahren fertiggestellten Projekte von Kunst am Bau in Berlin Revue passieren, fällt allerdings auf, dass das künstlerische Spektrum der realisierten Projekte eher schmal ist. Meist kommt ein abstrakter Symbolismus zum Zuge, bei dem die ästhetische Qualität nicht unbedingt im Vordergrund steht. Als Beispiel sei hier die geplante Kunst-am-Bau-Installation „Südpfeil“ am Humboldt Forum genannt, finanziert allerdings vom Bund, bei der sich ein schlichter, drei

Meter langer bronzener Pfeil seitlich in die moderne Ostfassade des Gebäudes bohren soll. Ein unbefangener Betrachter, der nicht mit der Geschichte dieser Rekonstruktion vertraut ist, wird damit kaum etwas anfangen können, die Installation vielleicht nicht einmal bemerken. Bildhafte Kunst, die Geschichten erzählt, wie beispielsweise die Mosaiken an den Gebäuden der DDR-Moderne sind heute eher die Ausnahme. Ein großer Teil der Kunst am Bau befindet sich zudem in Innenbereichen und ist daher für die meisten Menschen nicht erlebbar. Generell überwiegt für uns der Eindruck, dass das Bemühen, monotone, detailarm gestaltete Architektur durch Kunst am Bau aufzuwerten, von vornherein wenig erfolgversprechend ist.

Für uns leiten sich daraus die folgenden Empfehlungen ab: erstens: mehr Kunsthandwerk, Schönheit und Qualität im öffentlichen Raum für alle, statt abstrakten Symbolismus für wenige. – Wir würden empfehlen, das bisherige Konzept zur Kunst am Bau und im öffentlichen Raum grundsätzlich zu überdenken. Die Tatsache, dass bis zu 30 Prozent der finanziellen Aufwendungen hierfür in die reinen Wettbewerbs- und Verfahrenskosten gehen, ist Anzeichen einer wenig effizienten Verwendung von Steuermitteln, obwohl es ja nicht sehr viele sind, wie ich gerade gesehen habe. Unserer Ansicht nach wäre es für die Stadt als Ganzes ein größerer Gewinn, die Gelder, die für Kunst am Bau aufgewendet werden, in einer Aufwertung des öffentlichen Raums zu investieren, beispielsweise mittels kunsthandwerklich gestalteter Baumeinfassungen, Geländer und Mauern. Diese Maßnahmen könnten durch ihre Skalierungsmöglichkeiten wesentlich kosteneffektiver zu einer Aufwertung des öffentlichen Raumes führen, als individualisierte Kunst am Bau, die kaum jemand zu Gesicht bekommt und die die meisten Betrachter ratlos zurücklässt. Hier möchte ich auf Karl Friedrich Schinkel verweisen, für den es keine Trennung zwischen der hohen Kunst und dem niederen Handwerk gab. Schinkel verstand sich als universeller Designer, der das Kunsthandwerk förderte und das Ziel verfolgte, die Stadt durch Ästhetik zu veredeln. Nehmen wir uns seinen Anspruch zum Vorbild.

Zweitens: Baukunst statt Kunst am Bau. – Kunst am Bau wäre überflüssig, wenn die Architektur selbst genug Kunst zu bieten hätte. Noch vor 100 Jahren wäre niemand auf die Idee gekommen, für separate Kunst am Bau öffentliche Mittel aufzuwenden. Es galt als selbstverständlich, dass die neue Architektur ausreichend ästhetische Qualitäten aufwies, um sowohl innen wie außen die Bedürfnisse des Publikums nach Schönheit zu erfüllen. Wie aber könnte man heute wieder zu einem höheren Gestaltungsniveau bei Neubauten, der öffentlichen Hand und der städtischen Wohnungsbaugesellschaften kommen? – Zum einen von unten durch Einbeziehung baukulturell engagierter Bürgervereine in die Jurys und Gremien, Architekturwettbewerbe, die Einreichung von Wettbewerbsbeiträgen, die die Verwendung regionaler Baumaterialien mit langer Haltbarkeit und Wertbeständigkeit vorsehen und eine hohe gestalterische Detailliertheit und Qualität aufweisen, sollte explizit willkommen sein; zum anderen von oben durch an den Ort angepasste Gestaltungsvorgaben, die auf bewährte Prinzipien der Stadtbaukunst zurückgreifen. Ein Beispiel hierfür sind die Gestaltungshandbücher der Senatsbaudirektion für die Neubauten am Molkenmarkt, die zu vielen überzeugenden Wettbewerbsbeiträgen geführt haben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Dann würde ich jetzt Herrn Einhoff um seine Expertise bitten. – Bitte schön!

Matthias Einhoff (Leiter des Zentrums für Kunst und Urbanistik – ZK/U –, KunstrePUBLIK e. V.): Ich habe keine Bilder, machen wir einfach mal nur mit Wort. – Ganz herzlichen Dank für die Einladung!

Vor zwei Tagen, am 14. März, ist der Soziologe und Philosoph Jürgen Habermas verstorben. Habermas hat den Begriff der Öffentlichkeit geprägt und damit auch unsere Vorstellung davon, was öffentlicher Raum sein kann. Für Habermas ist Öffentlichkeit mehr als ein physischer Ort, sie ist Raum der Meinungsbildung, der Auseinandersetzung und der Verständigung, ein Raum, in dem Gesellschaft darüber verhandelt, wer wir sind, woran wir uns erinnern wollen, was uns heute wichtig ist und wohin wir uns entwickeln wollen. Die Voraussetzung für diese gesellschaftliche Verständigung ist eine einfache, aber entscheidende Begegnung. Doch genau diese Räume der Begegnung sind heute vielerorts knapp.

Beim Berlin-Forum der Stiftung Zukunft Berlin im vergangenen September unter dem Titel „Räume für Begegnung – Zusammenleben im Stadtteil“ wurde ein deutlicher Mangel an solchen Orten festgestellt. Genau hier kommt Kunst im öffentlichen Raum ins Spiel. Oft denken wir dabei an die bildende Kunst im Stadtraum, Skulpturen, Installationen und temporäre künstlerische Interventionen. Dafür gibt es in Berlin bereits sehr gute Verfahren, etwa über die Fachkommission beim bbk. Kunst im öffentlichen Raum ist noch mehr. Sie schafft Begegnungen zwischen Menschen, die sich sonst vielleicht nie treffen würden, Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen, Bildungschancen, Altersgruppen und Lebensrealitäten. Sie schafft experimentelle Orte, Prototypen sozialer Infrastruktur, an denen neue Formen des Zusammenlebens ausprobiert werden, und sie ermöglicht Prozesse, in denen nicht nur eine künstlerische Handschrift sichtbar wird, sondern in denen auch die Bedürfnisse und die Ideen der Bürgerinnen und Bürger Teil des künstlerischen Prozesses werden.

Berlin hat in den letzten Jahren eine Reihe von Netzwerken und Orten hervorgebracht, die genau das ermöglichen. Die Netzwerkstelle Urbane Praxis e. V., hervorgegangen aus einer Initiative des Rats für die Künste, koordiniert und unterstützt zahlreiche Orte, an denen solche künstlerischen Experimente stattfinden. Berlin Mondiale schafft kulturelle Begegnungsräume für Menschen, die neu in unsere Stadt gekommen sind. Die Stationen urbaner Kulturen, der nGbK in Hellersdorf, bringt Kunst durch Performances und temporäre Strukturen gezielt in die Randbezirke; es wurde vorhin mehrfach erwähnt, wie wichtig dies ist. Und es gibt Ankerorte, wie zum Beispiel das ZK/U, Zentrum für Kunst und Urbanistik, an dem ich wirken darf, die soziale und kulturelle Anlaufpunkte sind. Am ZK/U haben wir in den letzten 12 Jahren 800 Künstlerinnen und Künstler beherbergt und mit lokalen Initiativen, Nachbarschaften und zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammengebracht. In dieser Verbindung von Kunst und lokaler Praxis passiert etwas sehr Spannendes: Bürgerinnen, Bürger und Künstlerinnen und Künstler entwickeln neue Formen der Zusammenkunft, Bedürfnisse werden wirklich gehört, neue Ideen entstehen, künstlerische Projekte werden gemeinsam entwickelt und gemeinsam ausprobiert. Manche Projekte verlassen den Projektstatus und werden zu wiederkehrenden, niedrigschwelligen Formaten und werden bestenfalls zu neuen Ritualen in Stadtteilen. Bei uns ist daraus zum Beispiel eine neue Form des Marktes entstanden, ein Gütermarkt, wo Künstler und Lokale ihre Dienstleistung anbieten, oder das Speisekino, bei dem internationale Filme mit Gerichten lokaler Köchinnen und Köche kombiniert werden. Manchmal entstehen sogar sehr konkrete Lösungen für urbane Herausforderungen.

Der öffentliche Stadtgarten, in dem sich das ZK/U befindet, war zu Beginn seines Wirkens Gegenstand von viel Vandalismus. Mit Künstlern installierten wir einen Ort, die sogenannte V.I.P. Box, ein kleiner Raum am Eingang des Parks, für den Jugendliche und sogenannte Kiezgrößen einen Schlüssel bekamen und fortan diesen Ort sozusagen sozial kontrollierten. Über dieses Kunstwerk hatten wir deutlich weniger Vandalismus im öffentlichen Raum. Dieses Modell funktioniert seit zehn Jahren erstaunlich gut.

Wie finanzieren wir das? – Ich will die Frage andersrum stellen: Was gewinnen wir? – Wir gewinnen funktionierende öffentliche Räume, wir schaffen Orte der Begegnung, qualifizieren die Bürger mit Kultur, sparen tatsächlich auch sehr viele Kosten ein und lösen Herausforderungen. Dies wird in der Stadtsoziologie und -ökonomie mit dem Begriff der Stadttrendite bezeichnet.

Damit schließt sich auch wieder der Kreis zu Jürgen Habermas, denn Öffentlichkeit entsteht nicht einfach, sie muss immer wieder hergestellt werden, durch Orte, Begegnung und Form des gemeinsamen Austauschs und auch durch die Kunst. Kunst im öffentlichen Raum ist deshalb kein dekoratives Beiwerk, sie ist Motor für Begegnung, Teilhabe und demokratische Verständigung und damit ein wichtiger Bestandteil der kulturellen und sozialen Infrastruktur unserer Stadt. – Danke schön!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Frau Falat, bitte schön!

Elke Falat (Kulturwissenschaftlerin und freie Kuratorin): Vielen Dank! –

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Mein Beitrag schließt sich daran wunderbar an, ist quasi noch mal eine Konkretisierung von diesem Konzept. Mein Name ist Elke Falat. Ich möchte Ihnen das Pilotprojekt Kunst im Stadtraum am Hansaplatz vorstellen, das im Zeitraum 2018/2019 stattgefunden hat. Meine Funktion war damals die künstlerische Projektleitung. Ziel des Projekts war es, fünf temporäre Kunstprojekte auf dem Hansaplatz zu realisieren, die einerseits die stadträumliche Situation reflektieren sollten, aber auch immer von der Frage geleitet waren: Was machen Menschen mit Räumen und Räume mit Menschen? Es geht genau um diese gegenseitige Abhängigkeit. Die finale Auswahl der Kunstwerke erfolgte durch ein Wettbewerbsverfahren, initiiert wurde das Projekt vom BAK, dem Beratungsausschuss Kunst, finanziert aus gesamtstädtischen Mitteln. Die Realisierung erfolgte durch den Fachbereich Kultur des Bezirksamts Mitte von Berlin. So weit zu den Rahmenbedingungen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Kunst im öffentlichen Raum trifft auf die gesamte Stadtgesellschaft – das haben wir jetzt schon ein paar Mal gehört –, daher war es mir in diesem Projekt vor allem und grundsätzlich wichtig, dass man die Menschen vor Ort einbezieht und einbindet. Dafür hatten wir konkret in diesem Projekt das Veranstaltungsformat Forum einberufen. Das hat insgesamt viermal stattgefunden. Sie sehen jetzt hier das Protokoll von der ersten Sitzung. Das hat dazu geführt, dass die Menschen im Hansaviertel wussten, was auf sie zukommt, und sie waren auch in das Entscheidungsgremium eingebunden. Es gab auch einen Sachpreisrichter, eine Sachpreisrichterin, die mitentscheiden konnte, was auf diesem Hansaplatz stattfindet.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Jetzt möchte ich Ihnen noch konkret eine der realisierten Arbeiten vorstellen. Es waren, wie gesagt, fünf, und ich habe das Beispiel „Nachbarn auf Zeit“ der Künstlerin Folke Köbberling ausgewählt. Darin ist Folke Köbberling der Frage der Interbau, Internationale Bauausstellung, der Stadt von Morgen nachgegangen und hat diese in die Jetztzeit transferiert. Die Frage: Wie sieht die Stadt von morgen heute aus. mit welchen Problemen, zum Beispiel Klimawandel und Artensterben? Wie begegnen wir dem? Sie hat sich auch der Frage – das war auch eine große Frage der Interbau – der Gemeinschaft und wie sich Gemeinschaft konstituiert, beschäftigt. Da wurden damals im Rahmen der Interbau viele Grünflächen ausgewiesen. Das soziale Grün war ein großes Thema, aber stattgefunden hat es oder tut es im Augenblick im Hansaviertel nicht. Daraus hat sie diese dreiteilige Arbeit entwickelt. Zum einen eine Schafsdemo mit 200 Schafen – also auch zu dem Thema: Was kann eigentlich alles Kunst im öffentlichen Raum sein? –, eine Schafswaide und Workshops. Die drei Teile möchte ich Ihnen jetzt noch mal einzeln näher vorstellen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Diese Schafsdemo – Sie sehen, gerade zieht sie an Bellevue vorbei – fand am 15. September 2019 in Kooperation mit diversen Schäfervereinigungen statt. Die Route verlief vom Haus der Kulturen der Welt über den Großen Stern zum Hansaplatz und wieder zurück. Thematisiert wurde das Verhältnis von Stadt und Natur und die Frage, wie viel Raum in der Stadt Menschen und Tieren und wie viel Verkehr, Autos und versiegelten Flächen eingeräumt wird. An dieser Demonstration, die gleichzeitig natürlich auch eine Kunstaktion gewesen ist, haben von Anfang an ungefähr 500 Menschen teilgenommen, im Tiergarten haben sich aber noch viele Spaziergängerinnen und Spaziergänger der Demo spontan angeschlossen, so dass wir am Ende fast 1 000 Menschen waren, die dabei waren. Das auch zu niedrighschwelliger Teilhabe.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Das Zweite war, dass mit den Schafen auch ungefähr eine halbe Tonne Rohwolle ins Hansaviertel gekommen ist. Die Wolle stammte von der Frühjahrsschur dieser Schafsherde. Rohwolle ist ein Rohstoff, für den es heutzutage kaum noch Verwendung gibt. Wenn das nicht Merinoschafe sind, wird die Wolle wie Schlachtabfall behandelt. Das ist auch ein Thema, das Folke Köbberling da reflektiert hat, denn das Material eignet sich auch ganz hervorragend für Dämmung und Akustik. Wenn wir jetzt die Stadt von morgen heute und nachhaltiges Bauen vorstellen, ist das ein wunderbarer Rohstoff. Die Künstlerin hat Workshops organisiert, wie Sie sehen, auch da – der Raum hat sich geöffnet – haben sich Leute spontan angesiedelt, unter anderem drei Frauen mit Spinnrädern, die dort den Welt Spinnentag durchgeführt haben. Wir wussten gar nicht, dass es den gibt. Aber sie waren da, und genauso hat sich der Kioskbesitzer spontan mit dazugesellt, weil er meinte: Oh ja, Schafe kenne ich, finde ich gut. – Insofern dieses: Es funktioniert wirklich, dass sich Gemeinschaft rund um solche Projekte konstituiert.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Der dritte Teil: Die Schafswaide. Sie war für vier Wochen. Also die 200 Schafe sind für einen Tag da gewesen, aber fünf Schafe sind geblieben, quasi als neue Nachbarn für dieses Viertel. Die haben dann auf der Grünfläche vor der Hansabibliothek gelebt. Da war dann ein Stall und ein Elektrozaun. Im Vorfeld wurde natürlich auch geklärt, wie diese Schafe versorgt werden

sollen. Dafür gab es sieben Schafspatinnen und Schafspaten, die dafür sorgen mussten, dass die Schafe morgens rauskommen, abends in den Stall, Wasser haben, Futter haben, gesund und vor allem alle noch da sind. Das ist eine an sich sehr einfache, aber sehr verantwortungsvolle Aufgabe. Im Vorfeld gab es auch sehr viele Bedenken, Skepsis und Misstrauen, dass den Schafen etwas zustoßen könnte. Insgesamt ist das Projekt sehr positiv verlaufen, denn aus den ehemals sieben Schafspaten wurden über 30 Schafspatinnen, und diese ungenutzte Grünfläche vor der Hansbibliothek wurde zu einem Ort. Es war dann „bei den Schafen“, und bei den Schafen waren dann auch immer Menschen, die sich begegnet sind, die sich unterhalten haben, und – was ganz wichtig ist – diese Bedenken und Skepsis, diese diffuse Angst, den Schafen könnte etwas zustoßen, von wem auch immer, haben sich in Vertrauen gewandelt, in Vertrauen in die Nachbarschaft, in die Menschen, mit denen man da wohnt und denen man vielleicht vorher gar nicht – – Man wohnte da, aber man hat sich eben nicht gekannt. Insofern hat dieser Schafstall wie eine soziale Plastik funktioniert, wo sich Menschen begegnet sind, zusammen ins Handeln gekommen sind und auch gemeinsam Verantwortung übernommen haben. Das ist es doch genau, was wir für unsere Stadt und für die Gesellschaft brauchen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Frau Goltz, bitte schön!

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Sophie Goltz (Kuratorin): Sehr geehrte Abgeordnete! Ich freue mich, heute hier sprechen zu dürfen. Ich bin seit den Zweitausenderjahren als Kuratorin unter anderem auch im öffentlichen Raum tätig, habe zuletzt auch in Singapur Kunst im öffentlichen Raum und da einen Perspektivwechsel unterrichtet, wenn Sie so wollen. Ich würde gern auch noch daran, was mein Vorredner Matthias angesprochen hat, den Tod von Jürgen Habermas, anknüpfen. Ich selbst habe Sozialwissenschaften studiert. Im Diskurs der Zweitausenderjahre war natürlich auch der Begriff der Gegenöffentlichkeiten ganz wichtig, nämlich da, wo sein Konzept, der Strukturwandel der Öffentlichkeit, zu kurz greift, und wer eigentlich alles im öffentlichen Raum nicht repräsentiert ist. Ich nehme Sie jetzt mit auf eine kleine Reise: Wie kuratiert man eigentlich eine Stadt?

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich möchte mit einem Bild anfangen. Diejenigen, die Berlin schon länger kennen, erinnern sich vielleicht noch. 1995 wurde von Christo und Jeanne-Claude der Reichstag verhüllt. Es war ein unglaubliches Spektakel in der Stadt. Dieses Bild beziehungsweise diese Art von Kunst im öffentlichen Raum ist meiner Meinung nach in Berlin bis heute unübertroffen. Was viele nicht wissen, ist, dass Christo 1961 in Köln ausgestellt hat, dort erstmalig mit der Idee bekannt wurde, einen Teil der Mauer zu verhüllen. Ab 1972 hat er sich dafür eingesetzt, den Reichstag zu verhüllen. Er hat mit Schmidt gesprochen, er hat mit Kohl gesprochen, er hat mit sehr vielen gesprochen. Es war letzten Endes dann unter anderem Rita Süßmuth, die ja auch vor Kurzem verstorben ist, die dem Projekt zum Erfolg verholfen hat. Was ich damit sagen möchte, ist, es braucht künstlerische Visionen und manchmal braucht es auch viel Zeit.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Als Kuratorin habe ich mich natürlich gefragt – und das war 1995, ich war gerade nach Berlin gezogen –, ob das Kunst im öffentlichen Raum ist. Ich kannte das so nicht. Aufgewachsen in der ehemaligen DDR – das wurde hier schon angesprochen –, das viel zitierte Mural – in dem Sinne der sozialistische Realismus, mit dem bin ich groß geworden –, beide Kunstwerke befanden sich an meiner Schule.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Aber es gab auch die Gegenöffentlichkeit, oder, wie es im Diskurs heißt, the second public sphere, der halböffentliche Raum, hier mit Performances Aktionen, die so im öffentlichen Diskurs nicht vorkamen, unter anderem auch die Autoperforisten mit Elke Gabriel, die hier an der Kunsthochschule in Weißensee unterrichtet.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Jetzt zu Hamburg: Hamburg hat 2013 das Initiativprojekt Stadtkuratorin Hamburg ins Leben gerufen. Wie kam es dazu? – Hier sehen Sie das Logo aus meiner Periode. Das Projekt wird jetzt in der dritten Generation mit Johanna Warsza fortgeführt. Damals hatte die Kunstkommission gemeinsam mit der Kultursenatorin Prof. Barbara Kissler gesagt: Wir brauchen einen neuen Schwung in das Ganze. Das Programm Kunst im öffentlichen Raum Hamburg wurde 1989 von Volker Plagemann gegründet. Warum? – Weil die Kunst am Bau in eine Krise geraten war. Sie hatte ihre Bedeutung verloren. Kommend aus den Siebzigerjahren und der Frage: Kultur für alle, also die Demokratisierung von Kultur, war nun die Frage: Wie lässt sich das in den urbanen Raum übersetzen? Das Programm Kunst im öffentlichen Raum wurde gegründet und war sehr erfolgreich, auch international, es hat die ersten Konzeptkünstler nach Deutschland gebracht und so weiter. Es hatte sich dann im Diskurs der Zweitausenderjahre auch mit den Teilöffentlichkeiten, wie es damals hieß, beschäftigt und war aber auch mit der Diskussion um die Kunstmeile bis in die Hafenstadt etwas erschöpft. Da wurde gemeinsam mit der Kunstkommission die Idee der Stadtkuratorin geboren.

Im Grunde geht es darum – und das ist vielleicht auch wichtig, weil hier so unterschiedliche Meinungen, das ist auch sehr wichtig, auf dem Podium vertreten sind – zu fragen: Wie bringt man das eigentlich zusammen? Wo kann man das künstlerische und kulturelle Angebot einer Stadt situativ bündeln, kann man es inspirieren, weiterentwickeln, um es dann auch wieder gehen zu lassen?

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich zeige das hier ganz kurz, um noch mal zu sagen: Es ist Kunst. Wenn man heute Kunst im öffentlichen Raum sagt, meint man sehr vieles. Man meint aber auch die Weiterentwicklung dessen, was Kunst im öffentlichen Raum alles sein kann. Es gibt die klassische Skulptur – wurde hier auch schon erwähnt –, es gibt die klassische Kunst am Bau – im Übrigen das erste Mal 1230 am Bamberger Dom von einem Künstler und nicht einem Architekten realisiert –, es gibt aber auch – und das ist ja sicherlich hier auch schon Thema gewesen – die Erinnerungskultur als Teil der Kunst im öffentlichen Raum.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Hamburg hat da sehr wegweisende Projekte schon sehr früh initiiert. Hier und da das Beispiel „Gesamtkunstwerk Freie und Hansestadt Hamburg“ mit Joseph Beuys, ich denke, ein Künstler, der hier bekannt ist. Dieses Projekt wurde in seiner Brisanz dann vom damaligen Bürgermeister Klaus Dohnanyi abgesagt, weil es zu heikel war. Ich kann hier leider nicht ins Detail gehen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Hier sehen wir die klassische Torqued Sculpture von Richard Serra, die mit dem Schiff aus New York zur Eröffnung der Deichtorhallen gebracht wurde, damals – für Kulturpolitiker – 10 Millionen D-Mark kostete und über 10 Jahre abbezahlt wurde, den klassischen Dan Graham Pavillon Ende der Achtzigerjahre und

[Es wird eine Folie gezeigt.]

für Hamburg ganz zentral unter Dohnanyi: die Frage der Auseinandersetzung mit dem Erbe des Zweiten Weltkrieges. 1988 wurde ein Wettbewerb für ein Mahnmal gegen Faschismus ausgerufen. Dieser wurde von Esther Shalev und Jochen Gerz gewonnen. Es wurde eine abzusenkende Stele errichtet, die heute so nicht mehr zu sehen ist, nur noch eine Bodenplakette. Gleichzeitig war und ist Hamburg aber auch für die, wie hier auch schon zitierte, Verschränkung von Kunst im öffentlichen Raum und Stadtentwicklung oder, besser gesagt, das Recht auf Stadt bekannt. Also: Wem gehört eigentlich die Stadt, und wer bestimmt darin?

Park Fiction ist ein Projekt, das heute in jedem Reiseführer steht, wenn Sie nach Hamburg kommen, wurde 2002 auch auf der documenta gezeigt, hatte sich dann im Zuge des Abrisses der Esso-Häuser als Planbude vorgeschlagen, nämlich ein Projekt da, wo gemeinsam im Quartier die Neugestaltung der Esso-Häuser ausgerufen wurde.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich möchte vielleicht noch ein Projekt oder zwei Projekte vorstellen, die wir dann realisiert haben. Ein Punkt war für uns damals, 2014, relevant und ist heute wieder aktuell: Was ist die Erinnerungskultur? Wie verändert Migration die Erinnerungskultur? Und wie gehen wir eigentlich mit diesen Orten um, die ja insbesondere nach der Wiedervereinigung 1990 eine andere Rolle bekommen haben? – Die Gedenkstätte KZ Neuengamme ist ein Ort, der etwas außerhalb vom Zentrum, ungefähr eine dreiviertel Stunde von Hamburg entfernt, liegt. Ein Ort, der immer schon auch für verschiedene Ideologien benutzt und unter anderem 1989 von den Sinti und Roma besetzt wurde, um auf ihr Recht auf Asyl aufmerksam zu machen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir sind in diese Fragestellungen hineingegangen und haben dort mit dem israelischen Künstler Omer Krieger eine Performance realisiert, die sich mit genau diesem aktuellen Erinnerungsdiskurs auseinandergesetzt hat. Ich denke, das ist etwas, was Kunst – im Stadtraum, als Urbane Praxis oder wie auch immer – leisten kann: Geschichte aufgreifen, in die Gegenwart bringen, und vielleicht auch, vorsichtig formuliert, eine Zukunft denken.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ein anderes Projekt – und dann bin ich auch gleich fertig – war: Wir waren konfrontiert mit dem Sommer der Migration, mit 33 000 Flüchtlingen, die täglich in die Stadt gekommen sind, und haben gemeinsam mit dem kurdischen Künstler Ahmet Ögüt einen künstlerischen Vorschlag gemacht, nämlich die Silent University zu gründen, eine Universität von und für Geflüchtete.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Weil ich schon deutlich über der Zeit bin, höre ich hier auf, möchte aber gern mit einem Wunsch enden, auch als zukünftige Geschäftsführerin der neuen Gesellschaft für bildende Kunst, die ich ab April sein werde: Es geht nicht nur um Geld, haben Sie bitte auch den Mut, Kunst im öffentlichen Raum zu fördern und zu denken, damit es weitergeht, damit Programme wie unter anderem „Kunst im Untergrund“ der nGbK weiterlaufen, weil Künstler dort lernen können, im Stadtraum aktiv zu werden. – Danke!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Wir kommen jetzt zu den Fragen an die Anzuhörenden beziehungsweise zu den Statements. Die erste Wortmeldung kommt von der Abgeordneten Billig. – Bitte schön!

Daniela Billig (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Kunst macht schön, auf ganz unterschiedliche Weise, und trotzdem geht es bewusst nicht um Aufwertung oder um einen neuen Zaun, sondern es geht ganz bewusst um Kunst. Was das bedeutet, hat Herr Einhoff sehr schön gesagt. Im Grunde haben das alle Anzuhörenden getan, aber bei Herrn Einhoff war es besonders klar, was das für die Gesellschaft bedeutet, was ein neuer Zaun nicht hinbekommt, was aber die Kunst im öffentlichen Raum und vor allem Kunst am Bau für die Gesellschaft, für uns und für die Demokratie bedeutet. Das finde ich sehr wichtig. – Könnten Sie das gleich noch einmal auf den Punkt bringen, damit es wirklich alle wissen: Was bedeutet die Kunst im öffentlichen Raum für uns alle und für die Gesellschaft?

Ich finde es immer wieder schön, wie sich Kunst im öffentlichen Raum oder am Bau heutzutage mit dem Lebensraum, aber besonders mit Natur auseinandersetzt. Das können Pflanzen oder Tiere sein. Ich erinnere mich an den Gertraudenhain, der ein kleines Ökosystem ist, den wir – im September war es, glaube ich – mit dem Büro für Kunst im öffentlichen Raum anschauen konnten. Genauso gefiel mir auch das Kunstprojekt „Wo die wilden Tiere wohnen“, zu dem der hübsche Fuchs hier auf dem Deckblatt des Magazins gehört. Das sind Kunstwerke, die einfach guttun, die aber auch etwas bedeuten. Umso wichtiger, Frau Falat hat das auch gesagt, ist es für uns heute, dass wir uns mit Natur beschäftigen oder als Passantin und Pas-

sant, als Berlinerinnen und Berliner, die daran vorbeikommen, einbezogen werden können. Viele Menschen machen das auch sehr gern und spüren, dass es eine Wichtigkeit und eine Bedeutung für uns heutzutage hat. Umso wichtiger, denke ich, ist es, dass wir das auch weiter hinbekommen.

Wir haben schon von den Kulturkürzungen, besonders im Titel 81278, gehört; deswegen habe ich ein paar Fragen an die Senatorin und an die Staatssekretärin: Was haben diese Kürzungen im Haushaltstitel erst einmal für Folgen? Es ist nur noch ein Drittel des Geldes, wir haben aber auch gehört, wie viel Kunst im öffentlichen Raum oder am Bau wir normalerweise bekommen. Auf wie viel muss das leider heruntergekürzt werden? Damit wir uns einfach einmal vorstellen können, was es ganz konkret bedeutet, wenn es so viel weniger Geld gibt.

Sie hatten angemerkt, dass es konkrete Veränderungen und Verbesserungen der ABau geben soll. Vielleicht können Sie uns schon einmal einen Ausblick darauf geben, weil es nicht nur unsere Anzuhörenden, sondern auch uns interessiert, womit wir rechnen können, denn es gibt eine ganze Menge Fragen, die schon immer im Raum stehen: Wie können wir verbindliche Quoten schaffen und sichern, dass wir ein oder zwei Prozent des Budgets tatsächlich für Kunst am Bau bekommen können? Wie kann das umgesetzt werden, idealerweise auch bei privaten und nicht nur bei landeseigenen Bauträgern? Wir wissen, dass es bei privaten deutlich schwieriger ist, das abzusichern, aber vielleicht haben Sie eine Idee, wie auch das möglich sein könnte.

Es interessiert mich außerdem, wie man eine frühzeitige Einbindung von Künstlerinnen und Künstlern erreicht, denn es ist wichtig, dass sich die Künstlerinnen und Künstler mit den Architektinnen und Architekten auseinandersetzen. Wir haben gehört, dass es in der Kommunikation ansonsten durchaus zu Missstimmungen kommen kann. Wie können wir das vermeiden? Eigentlich sind sich beide ja zumindest nach meinem Empfinden ganz nahe.

Wichtig ist mir auch, wie wir eine faire Vergütung und Transparenz hinbekommen. Vielleicht haben Sie dazu Vorstellungen. Wie können wir die Ausschreibungsverfahren klar gestalten? Wie sieht eine angemessene Vergütung aus? Können Sie im Moment davon sprechen, dass das angemessen ist, oder gibt es einen Verbesserungsbedarf?

Es ist natürlich auch eine Frage, was mit der Kunst am Bau oder im öffentlichen Raum passiert, wenn sie erst einmal da ist, sowohl in Hinsicht auf die Pflege als auch auf die Vermittlung. Was brauchen Sie für Budgets für den Erhalt, für Dokumentation und Kommunikation, damit das auch eine langfristige Geschichte wird? Andererseits: Wie langfristig ist es denn aus Ihrer Sicht überhaupt gedacht? Kann das genauso gut eine ganz kurzfristige Aktion werden? Zum Beispiel ist eine Schafsdemo nicht auf Langfristigkeit angelegt und trotzdem ein spannendes Projekt.

Ich wüsste außerdem gern vom Senat, welche Aufgabe der Beratungsausschuss für Kunst hatte, warum er abberufen wurde und welche Bedarfe es aus den Bezirken gibt. Was wird Ihnen da rückgemeldet; was gibt es an Bedarf für Kunst im Stadtraum?

Ich wüsste auch noch gern, wo ich als kulturinteressierte Bürgerin Informationen über die Kunst im Stadtraum und am Bau in Berlin bekomme. Ich kenne ein paar einzelne Sachen aus Interesse, auch mit Ihrer Hilfe, und trotzdem: Angenommen, ich bekäme Besuch am Wo-

chenende von außerhalb Berlins, der sich für Architektur, Kunst und Kultur interessiert, wie könnte ich mir dann als Nicht-Expertin einen Mauer-Stadt-Spaziergang zusammenstellen und meinen Freundinnen, Freunden und Bekannten etwas anbieten?

Zu allerletzt noch die Frage: Gibt es Möglichkeiten für die Berlinerinnen und Berliner und für bürgerschaftliche Initiativen, sich auch daran zu beteiligen? Wir wissen alle, dass der öffentliche Stadtraum streng geregelt ist und uns das im Zweifelsfall allen nützt, aber wenn sich eine Initiative von Bürgerinnen und Bürgern engagieren möchte, welche Möglichkeiten gibt es dann dafür und wie kann man das umsetzen? – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Frau Abgeordnete! – Die nächste Wortmeldung kommt von der Abgeordneten Kühnemann-Grunow. – Bitte schön!

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Es sind schon eine ganze Menge Fragen gestellt worden, und Sie haben auch schon ganz viel von dem, was ich auf dem Zettel hatte, beantwortet, aber es gibt doch noch ein bisschen, was bei mir übrig bleibt: Kunst im öffentlichen Raum und auch Kunst an Gebäuden wird, weil sie diese Öffentlichkeit hat, von allen gesehen und rezipiert, aber die Geschmäcker sind verschieden, und ich könnte mir vorstellen, dass es mitunter vorkommt, dass es Leute gibt, die sich fragen, was das soll, oder damit nichts anfangen können.

Es würde mich interessieren, wie so etwas in einem Juryverfahren vorbereitet wird. Man kann nicht alles aus dem Weg räumen, das ist mir schon klar, oftmals entsteht anhand einer Kontroverse auch eine Diskussion, und manches soll vielleicht auch stören. Es gibt auch immer wieder Kunst im öffentlichen Raum, die vielleicht auch politische Kontroversen auslöst. Ich erinnere beispielsweise an das Denkmal für die ermordeten Juden Europas; es gab eine unglaubliche Kontroverse über dieses Stelenfeld, was am Ende so gewollt war. Wie mit solchen Diskussionen in den Juryverfahren umgegangen und ob sie antizipiert oder in Kauf genommen werden, ist eine Frage, die bei mir aufkommt.

Ich war vor meiner Zeit als Abgeordnete hier im Abgeordnetenhaus Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg. Wir hatten häufig die Situation, dass es ganz tolle Initiativen gab, die mit Beispielen für Kunst im öffentlichen Raum kamen. Wir fanden das immer ganz großartig, dann sind sie aber ins Bezirksamt hinübergegangen, und der Bezirk meinte: Naja, jetzt haben wir das in unserem Eigentum, wir müssen es pflegen und dafür aufkommen. – Ich erinnere beispielsweise an die Callas am Spreeufer, also das Denkmal für Magnus Hirschfeld. Manchmal gibt es Kunst im öffentlichen Raum, die leider viel unter Vandalismus leidet. Wie gehen wir damit um? Wird das auch mitgedacht? In Schöneberg haben wir ein wunderbares Denkzeichen für Hilde Radusch; da sind Stühle aus Beton. Das ist wunderbar, aber das sind Dinge, die wir als öffentliche Hand und als Legislative, die auch für Bezirkshaushalte zuständig ist, ein Stück weit mitdenken müssen.

Was ich ganz toll fand, war, dass es im Hansaviertel Bürgerbeteiligung gegeben hat, denn das ist auch etwas, was mir oft im Kopf herumschwebt: Werden Bürgerinnen und Bürger in ihrem Kiez mitgedacht, wenn dort etwas gebaut wird? Können sie sich äußern? Werden sie alle angesprochen? Wir haben häufig Kieze, in denen es ganz stark engagierte Bürgerinnen und Bürger gibt, die sehr mündig und auch sehr mitteilsam sind, aber wir haben auch oft Kieze,

wo die Menschen vielleicht nicht so sprachfähig sind. Wie die Menschen da mitgenommen werden, würde mich interessieren. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Herr Wesener, Sie haben das Wort, wenn Sie mögen. Bitte schön!

Daniel Wesener (GRÜNE): Das wünsche ich, Herr Vorsitzender! – Ich freue mich über den großen Zuspruch für Kunst am Bau und Kunst im öffentlichen Raum, aber irgendwie ist das eine relativ absurde Situation, denn diese Wertschätzung, die politisch transportiert wird, entspricht nicht der Wertschätzung in Form der Finanzierung, geschweige denn des aktuellen Haushaltsplans. Ich will das hier noch einmal deutlich machen: Wir haben bisher – im Jahr 2025 – roundabout 875 000 Euro für künstlerische Gestaltung beziehungsweise für bezirkliche kulturelle Projekte im Stadtraum zur Verfügung gehabt. Bei den 875 000 ist DRAUSSENSTADT übrigens gar nicht dabei; die Millionenkürzung für DRAUSSENSTADT habe ich schon herausgenommen.

Wo stehen wir jetzt nach den Kürzungen durch den Senat beziehungsweise die Koalition? – Bei 125 000 Euro im Jahr. Eine Kürzung um 86 Prozent! – Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalitionsfraktion! Es ist toll, dass Sie das Thema aufsetzen, aber vielleicht erklären Sie noch einmal, warum Sie das Thema zumindest in finanzieller Hinsicht entweder gar nicht interessiert oder es Ihnen nichts wert ist. Ich kenne kaum einen Titel oder Ansätze im Haushalt, die um 86 Prozent gekürzt wurden. Das ist hier der Fall, und das hat dramatische Auswirkungen. Da möchte ich schon wissen, – nicht zuletzt von Ihnen, Frau Staatssekretärin! –, wie wir eigentlich das, was wir bisher als gutes, geordnetes Verfahren kennen, inklusive ABau, Beratungsausschuss Kunst, auch Projekten – Frau Goltz hat es erwähnt –, die eine gewisse Tradition haben, wie „Kunst im Untergrund“, unter diesen Bedingungen eigentlich fortsetzen wollen.

Frau Goltz! Ich fürchte, ich habe eine schlechte Nachricht für Sie. Erst einmal herzlichen Glückwunsch; wir freuen uns sehr, dass Sie, wenn ich es richtig verstanden habe, die Nachfolge von Annette Maechtel in der nGbK antreten. Meines Wissens ist es so, dass die Verwaltung bereits entschieden hat, dass „Kunst im Untergrund“ in diesem und im nächsten Jahr nicht durchgeführt wird, und zwar, weil das Geld nicht reicht. Die 125 000 Euro sollen, wenn ich richtig informiert bin – aber, Frau Staatssekretärin, vielleicht können Sie das einmal verifizieren –, für ein Projekt ausgegeben werden, das bereits in der Vergangenheit vom Beratungsausschuss Kunst ausgelobt wurde.

Das führt zum nächsten Problem: Dieser Beratungsausschuss Kunst tagt seit zwei Jahren gar nicht. Wir warten hier – das ist kein Vorwurf an Sie – auf die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mit der Novellierung der ABau. So lange ist alles on hold. Ich kann sogar nachvollziehen, dass Sie gucken, wie Sie trotz dieser Bedingungen das Geld zumindest auskehren. – Frau Goltz! Natürlich ist es ein Problem, in der Vergangenheit wurde „Kunst im Untergrund“ über den Beratungsausschuss Kunst ausgelobt; das ist jetzt faktisch nicht möglich. – Ich frage mich allerdings auch, Frau Staatssekretärin, warum Sie die 125 000 Euro oder einen Großteil dieser Mittel nicht nur für dieses Jahr bereits belegen, sondern auch schon für nächstes Jahr. – Vor dem Hintergrund – ich habe es, wie gesagt, konkret gemacht – stehen wir vor einem Riesenproblem, und das Problem lautet, dass all das, was hier zu Recht eingefordert wird oder

von dem man sagt, es sei wichtig und man brauche es, nicht stattfinden kann. Dazu kommt das Damoklesschwert, wie es mit der ABau und dem Beratungsausschuss Kunst weitergeht.

Ich will in dem Zusammenhang noch eine letzte Frage aufwerfen, und zwar die nach der Urbanen Praxis. Da hat es auch erhebliche Kürzungen gegeben, aber ich bedanke mich bei den Koalitionsfraktionen, dass Sie, ich glaube, 500 000 Euro, Frau Kühnemann-Grunow, zurückgekämpft haben. Da sehe ich auch eine Schnittstelle mit dem, was Sie berichtet haben, und würde mir sehr wünschen, dass hier einmal von der Verwaltung dargelegt wird, wie es jetzt eigentlich weitergeht. Gibt es den Projektfonds? Gibt es einen entsprechenden Aufruf? Können davon auch Projekte aus dem Bereich Kunst im öffentlichen Raum profitieren oder hält die Debatte an, wie diese 500 000 Euro überhaupt verausgabt werden können, was das Verhältnis von Overhead- und Projektmitteln angeht? Auch da kann ich nur sagen: Wir haben Mitte März. Das erste Quartal 2026 ist bereits um, und vor dem Hintergrund brauchen wir dringlich Antworten, wie wir mit der geschilderten Gemengelage umgehen und wie nicht zuletzt die Praktikerinnen und Praktiker, die Künstlerinnen und Künstler, der bbk, das Büro für Kunst im öffentlichen Raum und die ganzen anderen Akteure wie die nGbK mit dieser, ich nenne es einmal diplomatisch Hängepartie, eigentlich verfahren sollen. – Danke schön!

Peer Mock-Stümer (CDU): Die nächste Wortmeldung kommt vom Abgeordneten Trefzer. – Bitte schön!

Martin Trefzer (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden für Ihre engagierten Statements! Ich bin Ihnen dankbar und freue mich, dass so unterschiedliche Ansätze im Hinblick auf die Potenziale und die Möglichkeiten der Kunst am Bau hier deutlich geworden sind. Ich will mich ein Stück weit auf diese Kernfrage konzentrieren, weil dazu auch schon viele sachliche Fragen gestellt worden sind.

Herr Schönfeld und Frau Theis! Ich fange mit Ihnen an. Sie sprachen davon, dass es bei Kunst am Bau darum gehe, demokratische Werte zu stärken. Es ist für mich ein bisschen undeutlich geblieben, wie Sie das konkret erreichen wollen. Ich verstehe, dass das ein hehres Ziel ist, aber wie wollen Sie das mit Kunst am Bau umsetzen, ansteuern und konzeptualisieren? Sie sprachen von einer kritischen Auseinandersetzung mit bestimmten Lebensrealitäten. Wie muss man sich das vorstellen? Wie werden diese identifiziert, und wie setzen Sie das dann in künstlerische Projekte um?

Frau Theis! Sie sprachen davon, dass es ganz entscheidend darum gehe, Partizipation zu ermöglichen. Auch da würde mich interessieren, wie es funktioniert. Viele haben ja keinen Zugang zu Kunst; Frau Kühnemann-Grunow hat das auch angesprochen. Manchen fehlen auch die Ausdrucksmöglichkeiten, damit umzugehen und Positionen dazu zu artikulieren. Wie holen Sie das Feedback ein, von dem Sie gesprochen haben, und wie nehmen Sie auf Leute Rücksicht, die vielleicht keinen so einfachen Zugang zu moderner Kunst und zu Konzeptkunst finden und eher ein klassisches Verständnis von Kunst mitbringen?

Dann komme ich zu Ihnen, Herr Dr. Dobrick! Ich bin Ihnen ausdrücklich dankbar für Ihre deutlichen Worte und für die klare Einschätzung an der Stelle. Mich würde noch etwas bei der Ursachenanalyse interessieren: Sie sprachen davon, dass es nur ein künstlerisch sehr eingeschränktes Spektrum gebe, das bei Kunst am Bau zum Zuge komme – vor allem abstrakter Symbolismus, wie Sie ausgeführt haben. Was sind denn Ihrer Meinung nach die tieferen Ur-

sachen für diesen Trend? Ist das etwas, was man verwaltungstechnisch oder durch politische Maßgaben korrigieren, worauf man eingehen, was man berücksichtigen könnte, oder ist das einfach nur ein Trend, den Sie einfach einmal beschrieben haben – sozusagen Metapolitik –, was einfach als Analyse dahingestellt sein kann, wo wir aber letzten Endes keine Einflussmöglichkeit haben?

Sie haben gesagt, dass der Prozess Ihres Erachtens neu aufgestellt werden und dass es eine Neuausrichtung geben müsse. Sie sprachen davon – so habe ich es im Wesentlichen verstanden –, dass das Kunsthandwerk eine entscheidendere Rolle bei der Frage von Kunst am Bau spielen und man Kunst am Bau und Baukunst stärker miteinander verschränken müsse, und dass es keine künstliche Trennung von Kunst und Kunsthandwerk geben dürfe. Wie muss man sich das vorstellen; wie könnte man das ins Werk setzen? Sie hatten als eine der Antworten genannt, dass der kulturelle Sachverstand und die Einbeziehung baukultureller Expertise durch die Bürgervereine stärker berücksichtigt werden müssten. Meine Frage wäre dann konkret: Offensichtlich sind diese Gruppen Ihres Erachtens derzeit in den entsprechenden Auswahlgremien unterrepräsentiert. Was müsste man tun und welche Schalter müsste man umlegen, damit dieses kulturelle Reservoir aus der Zivilgesellschaft an der Stelle gehoben werden könnte, um das, was Sie angesprochen haben, nämlich eine höhere gestalterische Qualität bei Kunst am Bau, umzusetzen?

Herr Einhoff! Ich bin auch dankbar, dass Sie ein Stück weit das philosophische Gegenkonzept dazu formuliert und Habermas genannt haben. Der gehört sicherlich dazu. Das waren schon sehr starke Aussagen, die Sie getroffen haben, bei denen man sich natürlich fragen muss, inwieweit das mit der gesellschaftlichen Realität in Einklang zu bringen ist, zum Beispiel, wenn Sie sagen, dass neue Formen des Zusammenlebens ausprobiert werden müssen. Ist das nicht ein bisschen hoch gegriffen? Inwieweit richten Sie sich da nicht doch an eine sehr kleine kunstsachverständige Gemeinde und lassen dabei einen großen Teil der Leute außen vor? Sie sprachen auch von neuen Formen der Zusammenarbeit, neuen Ritualen, die eröffnet werden könnten, und von einer Qualifizierung der Bürger durch diese Kunst am Bau. Auch da würde ich Sie bitten, zu sagen, wie das aussehen könnte, sodass es breitere Kreise erreicht und nicht auf ein kleines Fachpublikum begrenzt bleibt.

Am Ende hatten Sie im Rekurs auf Habermas sehr starke Vokabeln bemüht. Es ging um demokratische Verständigung, Begegnung und Teilhabe. Ich verstehe den Anspruch und auch den Wunsch, dass das so sein soll, auch vor dem Hintergrund der Polarisierung der Gesellschaft. Es würde mich sehr freuen, wenn Kunst am Bau dazu beiträgt, ins Gespräch zu kommen und auch über Lagergrenzen hinweg in Diskurse zu gehen. Aber entspricht das auch der Realität dieser Projekte von Kunst am Bau, oder besteht nicht eher die Gefahr, dass gesellschaftliche Trends, die sowieso vorhanden sind, durch Kunst am Bau noch verstärkt werden und die Polarisierung ein Stück weit angetrieben wird, anstatt infrage gestellt zu werden? Es war vom Ideal des Austauschs und von Untergrund die Rede. Es ist immer die Frage, was Mainstream und was Untergrund ist und wie man die marginalisierten Diskurse in diese Projekte von Kunst am Bau einbauen kann, oder wie schnell man doch dabei ist, an das, was sowieso Mainstream ist, anzuknüpfen. Das wären vielleicht ein paar philosophische Fragen im Hintergrund.

Dann wollte ich noch einen Punkt ansprechen, der mir sehr am Herzen liegt: Wir reden immer über Mittel für Kunst am Bau, und dabei geht es fast ausschließlich um Neubau und um neue

Projekte. Viel zu wenig geht es um den Erhalt bestehender Kunst am Bau und die Mittel dafür. Dabei denke ich an die Abrissproblematik, denn es gibt immer wieder Fälle, wo Kunst am Bau einfach verschwindet. Was das Abrissrisiko betrifft, stößt man auch immer wieder darauf, dass Projekte von Kunst am Bau für Verwaltungsabläufe offensichtlich unzureichend dokumentiert sind. Es werden Baupläne gemacht und Abrissprojekte entwickelt, und ganz am Ende gibt es einen Riesenaufschrei: Moment, da ist doch Kunst am Bau; das können wir doch nicht einfach abreißen!

Ich habe dazu ein Beispiel aus Köpenick: Auf dem Funkwerk-Areal an der Wendenschloßstraße 142 gab es ein Terrakottarelief von Ingeborg Hunzinger „Tugenden und Laster des Sozialismus“ aus dem Jahr 1966, das kunstgeschichtlich, glaube ich, sehr wertvoll war, aber in der Bauplanung beim Abriss überhaupt keine Rolle gespielt hat, sodass am Ende ein riesiger Aufschrei durch Köpenick ging: Das kann doch nicht sein, dass das einfach weggehauen wird! – Wenn man versucht, das öffentlich zu recherchieren, gibt es keine Möglichkeit, herauszubekommen, was mit diesem Kunstwerk passiert ist. Es ist einfach verschwunden.

Es ist also, glaube ich, ein sehr wichtiger Punkt, dass man sich auch einmal über das, was da ist, Gedanken macht. Man kann das wieder neu in Szene setzen, zur Darstellung bringen und dazu in neue Diskurse gehen. Fragen über die Tugenden und Laster des Sozialismus kann man auch heute diskutieren. Das wäre ein Grund, solche Dinge zu aktualisieren, anstatt sie einfach mit der Abrissbirne aus dem Weg zu schaffen, ohne dass ein Mensch weiß, was damit eigentlich passiert ist. Wo stehen also der Erhalt und die Bewahrung, und sollten wir dem nicht vielleicht einen etwas höheren Stellenwert einräumen? Daraus ergibt sich natürlich auch die Frage: Wenn man über Kosten der Kunst am Bau redet, müsste man dann nicht auch die Erhaltungskosten ganz klar langfristig einbeziehen? Das wäre, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt, dass man sagt: Okay, man hat vielleicht die Kosten, die für die Schaffung des Kunstwerks entstehen, aber wir haben auch im weiteren Verlauf Kosten für seine Bewahrung, seine Repräsentation und die Diskussion darüber.

Dann sind wir noch einmal bei dem Punkt der Verwaltungskosten: Herr Dr. Dobrick! Sie hatten es angesprochen, sie beliefen sich in den letzten Jahren auf ein Viertel bis ein Drittel der Kosten. Das ist ganz viel Geld. Auch die Ausschreibung und alles, was mit administrativem Aufwand verbunden ist, kostet, und da wäre meine Frage, wie wir diesen Betrag etwas herunterschrauben könnten. Warum geht so viel Geld dafür drauf, dass das alles vorbereitet werden kann? – Das wären so weit meine Fragen. – Danke schön!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Die nächste Wortmeldung kam von der Abgeordneten Frau Dr. Schmidt. – Bitte schön!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank! – Es ist ein bisschen schwierig, anzusetzen, denn eines ist mir bei den Ausführungen sowohl der Anzuhörenden als auch der Vorredner klar geworden, nämlich dass Kunst am Bau und Kunst im Stadtraum ein zutiefst demokratisches Anliegen sind, weil sie ganz viel mit Beteiligung zu tun haben, und auch damit, dass sie jederzeit kostenfrei rezipierbar sind, es Orte des Dialogs und des Nachdenkens sind, die für jeden zu jeder Zeit frei zugänglich sind. Kunst am Bau und im Stadtraum markiert Gebäude und Stadträume. Aus meiner Sicht bedeutet das Wertschätzung in dreierlei Hinsicht: Einmal für die Menschen, die in der Stadt leben, dann für die Künstlerinnen und Künstler, die für die Stadt arbeiten und wirken, und zum Dritten auch für die Stadt, die mehr ist als eine Ansamm-

lung von Häusern, Plätzen, Straßen und Orten des Konsums. Von daher ist Kunst am Bau für mich tatsächlich etwas Essenzielles.

Vieles ist zum Thema Kürzungen schon gesagt worden, aber ich finde, Kunst am Bau hat auch etwas mit Selbstverständnis zu tun. Deshalb habe ich hier wie so oft die Frage an den Senat: Inwiefern ist es gelungen, bei Planungen von Neubauten und Kiezquartieren oder auch beim Umbau und bei Werterhaltung in das Bewusstsein hineinzubekommen, dass Kunst am Bau zwingend und immer dazugehört? Ich glaube, wir sind da immer noch keinen Schritt weiter. Wir haben immer wieder gesagt, dass Räume für Kultur stets mitgedacht werden müssen, aber Räume, Plätze und Orte für Kunst am Bau müssen das genauso. Wie weit sind wir hier? Es ist natürlich vordergründig keine Frage an die Senatskulturverwaltung aber auch: Inwiefern gehört der Dialog mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und auch mit privaten Bauträgern ganz selbstverständlich dazu, dass es beim Planen von Quartieren, egal ob bei Neubau oder Sanierung, jederzeit um das Schaffen oder den Erhalt von Kunst am Bau geht?

Es ist heute schon nach dem Beratungsgremium für Kunst gefragt worden, das schon viel zu lange auf sich warten lässt und wieder arbeiten muss. Du hast gesagt, dass dieses Gremium schon zwei Jahre nicht mehr arbeitet; von daher wäre es wirklich an der Zeit. – Frau Staatssekretärin! Sie haben ausgeführt, dass die ABau im zweiten Quartal kommen soll. Zeitnah sollte dann auch der Beratungsausschuss Kunst wieder installiert werden. – Herr Schönfeld! Frau Theis! Sie haben im Vorfeld zu Recht darauf verwiesen, dass dieser Ausschuss unverzüglich wieder einberufen werden muss und es dafür eine Zeitleiste braucht.

Es ist zu den 125 000 Euro schon ausreichend gefragt und konstatiert worden. Ich verweise einmal auf das, was 2021 die Architektenkammer Berlin, der bbk, der Deutsche Künstlerbund und auch das Büro für Kunst im öffentlichen Raum vorgestellt haben, nämlich den Alternativen Leitfaden Kunst am Bau und Kunst im Stadtraum. Den habe Sie 2021 für das Land Berlin entwickelt. Dort werden die Zuständigkeiten und Aufgaben der für Kultur und Bauen zuständigen Verwaltungen und Gremien beschrieben sowie Verfahren konkretisiert. Das war nicht nur für die landeseigenen Unternehmen, sondern auch für die privaten Bauträger konzipiert und als Grundlage gedacht. Die Baumaßnahmen sollten immer auf aktuelle Eignung für Kunst am Bau geprüft werden. Das reiht sich in das ein, was ich am Anfang gesagt habe. Passt das, und wenn ja, in ausreichender Form und rechtzeitig, damit es bei den Planungen berücksichtigt werden kann? Die anderen Fragen an den Senat sind gestellt worden.

Die Anzuhörenden will ich noch einmal ganz explizit nach der Beteiligung fragen. Einige Formen haben Sie schon beschrieben. Ich finde, wir sind nicht diejenigen, welche die Bürger qualifizieren müssen, sondern wir sollten die Expertise der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Deshalb frage ich, wie gegenwärtig die Beteiligungsformate für Kunst im Stadtraum funktionieren. Welche Bedeutung hat für freischaffende Künstlerinnen und Künstler die Möglichkeit, im Stadtraum oder an Bauten künstlerische Projekte zu realisieren? Gibt es da ein großes Interesse?

Weil die Bürgerinnen und Bürger Expertinnen und Experten ihres Kiezes sind, frage ich: Wie werden sie in die Gestaltung des öffentlichen Raumes einbezogen, sodass die Kunst im öffentlichen Raum auch als ihre Kunst begriffen und angenommen wird? Dann hat man auch dem Thema Vandalismus ganz anders entgegengewirkt.

Frau Falat würde ich gern konkret fragen: Sie haben ein sehr schönes Projekt aus dem Hansaviertel vorgestellt. Haben Sie auch in anderen Städten Erfahrungen mit dem Einbinden der Bevölkerung sammeln können? Wenn ja, welche? Vielleicht haben Sie auch Erfahrungswerte, unter welchen Bedingungen Beteiligungsformate im Sinne der gemeinsamen Gestaltung des unmittelbaren Lebensumfelds erfolgreich sind oder sein können.

An Sie, Frau Goltz, hätte ich die Frage: Wenn Sie schon in Singapur gelehrt haben, welche Erfahrungen haben Sie dort mit Beteiligung und solchen Projekten gemacht? Das ist ja doch eine andere Welt, aber vielleicht gibt es da auch sehr schöne Erfahrungen, Modelle oder Möglichkeiten, die Sie bei Ihrer neuen Tätigkeit umsetzen können. Vielleicht können Sie auch noch einmal sagen, welcher Unterstützung es dann bedarf. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Die letzte Wortmeldung kam von der Abgeordneten Wolff. – Bitte schön! Sie haben das Wort, Frau Kollegin!

Dunja Wolff (SPD): Vielen herzlichen Dank! – Ich habe eine Frage an alle: Die politischen Veränderungen, die sich auch bei uns ein bisschen zeigen, oder zumindest Ereignisse, die wir in der letzten Zeit hatten, wenn es zum Beispiel zu Einschränkung von freier Kunst gekommen ist oder etwas – wie zum Beispiel bei einem Buchpreis – nicht zugelassen wurde – – Inwieweit macht sich solch eine Entscheidung auch bei Ihnen bemerkbar? Gibt es Sorgen über bestehende Kunstwerke oder solche, die man schaffen möchte oder die in Arbeit sind? Gibt es Bedenken, wie man anders darauf einwirken muss? Gibt es Einfluss? Haben Sie das für sich in Ihrem Bereich der Kunst am Bau wahrgenommen?

Ich nehme Kunst am Bau noch einmal anders wahr als Kunst im öffentlichen Raum. Das eine ist die bewegte Kunst, bei der wir Aktionen haben, bei denen wir die Menschen natürlich einbeziehen. – Eine Frage habe ich an Frau Falat, weil Sie speziell eine Aktion gezeigt haben: In welchem Altersspektrum waren die Menschen, die Sie einbezogen haben?

Ich zitiere einen jungen Menschen – ich nenne ihn Maler, aber er ist bekannter unter der Bezeichnung Sprayer –, der sich sehr gern im Untergrund befindet, weil er das im öffentlichen Raum nicht darf: Es wird oft gesagt, wir machen die Welt ein bisschen bunter, anstatt dass sie nur grau ist. – Inwieweit wird also auch junge Kunst einbezogen? Graffiti werden oft negativ als Schmiererei bezeichnet, aber ihm fehlen Wände und Räume. Inwieweit wird so etwas auch

als Idee bei Kunst am Bau akzeptiert oder bei Aktionen entwickelt und mitgedacht? – Danke schön!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Bevor wir wieder zu den Anzuhörenden kommen, würde ich kurz an den Senat weiterreichen, und zuerst an die Frau Staatssekretärin. Da ja auch einige Fragen an die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gerichtet wurden, würde Frau Fischer uns zur Verfügung stehen. – Bitte schön!

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ): Ich möchte ganz ausdrücklich betonen, dass Kunst am Bau etwas anderes als Kunst im öffentlichen Stadtraum ist. Das sind zwei wirklich komplett verschiedene Dinge. Auch wenn es ähnlich klingt, sind es zwei völlig unterschiedliche Dinge.

Wir fangen mit Kunst am Bau an: Kunst am Bau ist in der ABau geregelt; das habe ich schon gesagt. Sie ist damit auch reglementiert, was die Summen angeht: Bei einer Bausumme bis zu 1 Million Euro sind es 2 Prozent und bei einer Bausumme darunter 1 Prozent der Gesamtsumme, maximal insgesamt 500 000 Euro. Das ist genau in der ABau geregelt. Weil hier das Thema Geld angesprochen wurde, will ich noch einmal deutlich machen, dass das mit Kunst am Bau nichts zu tun hat.

Kunst am Bau bezieht sich aber auch nur auf öffentliche Bauten und nicht auf Sanierungen oder Ähnliches, sondern immer auf Neu- beziehungsweise Ergänzungsbauten. Deswegen habe ich vorhin die Schulbauoffensive genannt. Hier findet das Verfahren in einem Wettbewerbsverfahren statt. Ich hatte bei den Wortmeldungen im Raum ein bisschen das Gefühl, dass Sie diese Wettbewerbsverfahren nicht so genau kennen: Sie finden mit Preisrichtern und Sachpreisrichtern statt; Kunstwerke werden dort vollständig anonym eingereicht; keiner weiß, was von wem stammt. Es wird dann gemeinsam in Jursitzungen nach dem besten Kunstwerk für das jeweilige Objekt gesucht. Dazu gibt es Colloquien, und natürlich findet dann Interaktion zwischen den Architekten des Bauwerks und den Künstlerinnen und Künstlern im Vorfeld statt. Natürlich geht es darum, dass die Kunst am Bau auf das Gebäude oder den Zweck des Gebäudes eingeht.

Um einmal ein blödes Beispiel zu nennen: Mitten in eine Grundschule werden Sie kein Kunstwerk bauen können, an dem die Kinder zerschellen. Man muss schon schauen, dass beides zueinander passt. Martin Schönfeld und ich saßen in mehr als einem Verfahren, bei dem ich gesagt habe, dass das so nicht funktioniert und wir es anders organisieren müssen, weil ein Kunstwerk an der Stelle, wo es vorgesehen war, Verletzungsgefahren mit sich gebracht hätte. Das ist der Sinn eines solchen Wettbewerbs, dass man ein solches Kunstwerk so auswählt, dass es zum Zweck passt, für den das Bauwerk da ist. Hier ist das Thema Geld, weil es sich aus dem Verfahren selbst ergibt, kein Thema.

Ich will auch noch einmal sagen, dass städtische Wohnungsbaugesellschaften natürlich am Verfahren Kunst am Bau teilnehmen, private aber nicht, weil es sich ausdrücklich an öffentliche Einrichtungen richtet und die ABau für öffentliche Bauträger gilt. Das Verfahren richtet sich nach Bundesrichtlinien. Weil hier gefragt wurde, ob die Entlohnung der Künstlerinnen und Künstler für ihre Arbeit und die Materialien, die verwendet werden, Berücksichtigung finden: Ja, natürlich, darum geht es ja gerade. Kunst am Bau soll Künstlerinnen und Künstler fördern, gerade darum geht es bei diesem Passus in der ABau.

Zu Frau Dr. Schmidt: Kunst am Bau findet nur an Neu- oder Ergänzungsbauten statt. Selbst wenn Sie eine Totalsanierung des gesamten Gebäudes vornehmen, findet Kunst am Bau nicht statt. – [Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Es geht ja dann um den Erhalt, nicht um Neues!] – Das findet in dem Zusammenhang im Rahmen der Sanierung und nicht in einem neuen Verfahren für Kunst am Bau statt.

Jetzt kommen wir zum zweiten Teil, nämlich zu Kunst im öffentlichen Raum: Herr Wesener hat natürlich recht; das Problem ist hier: zu wenig Geld. Warum ist das Geld zu wenig? – Das hat vor allem damit zu tun, dass der Beratungsausschuss Kunst derzeit nicht tagt, weil wir – dazu kann Frau Fischer gleich noch einmal etwas sagen – auf die neue ABau warten. Sowie die neue ABau da ist, werden wir den Beratungsausschuss Kunst auch wieder einsetzen. Im Augenblick ist das Geld so eingestellt, dass das, was bereits vom Beratungsausschuss auf die Schiene gesetzt wurde, finanziert werden kann. Auch dafür ist es knapp, keine Frage, aber das ist die Idee. Ich sage einmal platt: Wir können nur so viel finanzieren, wie an der Stelle Geld da ist. Ansonsten wird es, wenn der Beratungsausschuss Kunst wieder eingesetzt worden ist, einen relativ langen Vorlauf geben, bevor das Ganze in den kommenden Haushaltsjahren wieder funktionieren wird. Der Beratungsausschuss, das habe ich gesagt, ist noch nicht wieder da.

Dann kam die Frage, ob für Bürgerinnen und Bürger und für Touristen die Möglichkeit besteht, auf solche Dinge zurückzugreifen. Bei der HTW gibt es eine Website, die bereits einen großen Teil abbildet. Gleichzeitig arbeiten wir an einer Datenbank für Kunst im öffentlichen Raum, in der die Informationen abrufbar sein werden und die es ermöglichen soll, solch einen Stadtpaziergang zu planen. Noch gibt es das nicht: Problem erkannt, noch nicht gebannt. – Ich glaube, ich bin jetzt auf alles eingegangen, was ich mitgeschrieben habe. – Jetzt noch zu Frau Fischer!

Andrea Fischer (SenStadt): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Anzuhörende! Zum Themenbereich der Neufassung der ABau: Die Frage, wann die neue ABau in Kraft treten wird, wird mir relativ häufig gestellt. Wie die Frau Staatssekretärin vorhin schon gesagt hat, rechnen wir aktuell damit, dass die Neufassung der ABau im zweiten Quartal in Kraft tritt und in ihrer neu gefassten Form dann auch wieder öffentlich zugänglich ist. Bis zum Inkrafttreten der neu gefassten ABau gilt weiterhin die ABau von 2013, die fortlaufend fortgeschrieben wird. Hierzu haben wir auf dem Grundsatz der Selbstbindung der Verwaltung 2024 ein Rundschreiben herausgegeben, dass die ABau von 2013 weiterhin anzuwenden ist.

Ganz kurz, damit Sie einschätzen können, warum die neu gefasste ABau noch ein bisschen auf sich warten lässt: Sie können sich sicher sein, dass wir momentan mit höchster Priorität alles daran geben, die neu gefasste ABau möglichst zeitig auf den Markt zu bringen. Sie umfasst ja noch ein paar andere Formulare und Richtlinien als die Richtlinie zu Kunst am Bau; sie betrifft das komplette öffentliche Bauen im Land Berlin. Wir stehen vor einer technischen Herausforderung, die mit der digitalen Barrierefreiheit zu tun hat. Wir haben uns vorgenommen und setzen es aktuell aktiv um, die ABau als eine der wenigen Verwaltungsvorschriften im Land Berlin vollständig digital barrierefrei umzusetzen. Das stellt uns als Verwaltung, aber auch unseren Fachverfahrenshersteller vor ganz neue Herausforderungen, und dementsprechend sind wir momentan im einigermaßen geringen Zeitverzug von roundabout

sechs Wochen. Wir versuchen, es so schnell wie möglich im zweiten Quartal auf den Markt zu bringen. So weit zur ABau.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Ich würde wieder mit Frau Theis und Herrn Schönfeld beginnen, wenn Sie mögen, und dann wieder alphabetisch fortfahren. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Martin Schönfeld (KIÖR): Vielen Dank für die aufmerksamen Reaktionen! – Verehrte Abgeordnete! Das ist ja eine ganze Reihe von Fragen, die gestellt worden sind. Zunächst kam von der Abgeordneten Billig die Frage nach der Bedeutung für die Gesellschaft. Kunst im öffentlichen Raum und am Bau zeigt wirklich, dass diese Gesellschaft mehr ist als ein funktionales Konstrukt, sondern dass es auch einen Mehrwert und eine Bereicherung gibt, und dass es Dinge gibt, die über das bloße Dasein, die bloße Wirtschaft, das bloße Organisieren hinausgreifen. Das ist der wesentliche Punkt für die Gesellschaft. Hier kann eine ästhetische und eine soziale Erfahrung, je nachdem, wie Künstlerinnen und Künstler ihre Projekte und Werke konzipieren, gemacht werden. Das ist das Besondere an Kunst am Bau.

Die frühzeitige Einbindung von Künstlerinnen und Künstlern in die Wettbewerbsverfahren wünschen wir uns. Leider ist das nicht immer möglich, weil Arbeits- und verwaltungsinterne Vorbereitungsprozesse die Maßnahmen für Kunst am Bau häufig verzögern. Sie sind aber notwendig, weil das Wettbewerbswesen, das für Kunst am Bau grundlegend ist, ein bürokratischer Prozess ist: ein Organisations-, Vorbereitungs- und Abstimmungsprozess mit allen Beteiligten, auch den institutionell Betroffenen, damit eine Beteiligung der Institutionen und die Berücksichtigung ihrer sozialen Situation erfolgen kann.

Eine angemessene Vergütung ist eben das, was wir mit den Verfahrenskosten angesprochen haben. Diese rekurren darauf, dass künstlerische Arbeit bezahlt werden muss und in den Wettbewerben Entwürfe geschaffen werden, welche die künstlerische Arbeit repräsentieren. Künstlerinnen und Künstler leben nicht allein von Luft und Liebe, sondern sie müssen für ihre Arbeit bezahlt werden. Dadurch entstehen diese Verfahrenskosten, die bis zu einem Viertel oder einem Drittel des Projektbudgets reichen können. Deswegen haben wir das auch in dem Handout angesprochen. Es wäre zu überlegen, ob Verfahrenskosten nicht zunehmend zumindest anteilig in die Baunebenkosten eingestellt werden könnten, oder ob gemäß unserem Vorschlag zur Anweisung Bau – denn wir wissen nicht, was darin steht – der Mittelansatz in der Anweisung Bau erhöht werden kann, sodass die Verfahrenskosten in den Budgets besser aufgefangen werden können.

Pflege und Vermittlung sind ganz wichtig und können auch aus den Budgets für Kunst am Bau mitbezahlt werden – zumindest, wenn die Künstlerinnen und Künstler das wollen, eine Beschilderung und Kennzeichnung der Werke, was auch für das Fortleben und die Nachhaltigkeit der Kunst wichtig ist, damit den Institutionen bewusst ist, dass das Kunst ist und nicht weg oder in die Mülltonne kann. Wir haben leider auch schon erlebt, dass nach fünf, sechs Jahren in der betroffenen Schule keine Kenntnis mehr vorhanden war, was dort existiert und ob es etwas Künstlerisches ist oder nicht, und wenn man dann einen Screen für das Mensaprogramm brauchte, nahm man einen Teil des Kunstwerks weg und warf ihn einfach in die Mülltonne, deswegen: Kennzeichnung und Vermittlung. Hier könnte noch sehr viel mehr passieren, also Vermittlungsprogramme, Angebote an Schulen und so weiter, was aber häufig an der Personalknappheit und der institutionellen Überlastung gerade auch pädagogischer Ein-

richtungen scheitert, weil sie so viel um die Ohren haben, dass sie sich nicht auch noch darum kümmern können, wann ein Vermittlungsformat für die Kunst stattfinden kann. So viel zur Langfristigkeit.

Was die Bedarfe der Bezirke angeht, betrifft das vor allem die Kunst im Stadtraum. Es sei noch einmal vorangestellt, dass der Unterhalt der bestehenden Kunst am Bau natürlich aus dem Bauunterhalt finanziert wird. Aber die Kunst im Stadtraum, also die Kunstwerke, die bereits existieren, werden wahrscheinlich sehr viel stärker beansprucht und benötigen eine besondere Berücksichtigung und Pflege, weil sie im öffentlichen Raum stehen und nicht nur der Witterung, sondern auch Vandalismus und sonstigen kreativen Aktionen ausgesetzt sind, wie wir es bei der Menschenlandschaft am Schlesischen Tor leider so bitter und traurig erleben können. Diese Kunst im öffentlichen Raum liegt in den Fachvermögen der Straßen- und Grünflächenämter. Diese haben kein Geld und kein Personal, um sich hinreichend um die bestehende Kunst im öffentlichen Raum kümmern zu können. Für sie steht die Sicherheit und Funktionstüchtigkeit von Spielplätzen im Vordergrund, bevor sie Mittel für die Pflege von Kunst im öffentlichen Raum haben. Die Pflege und der Unterhalt von Kunst im öffentlichen Raum sind wichtige Themen, ganz abgesehen davon, dass wir vor allem in den früheren Ostberliner Stadtteilen und Bezirken eine Fülle von Kunst im öffentlichen Raum haben, die ein kulturelles Erbe darstellt, das noch nicht hinreichend berücksichtigt worden ist und auch hinreichender Pflege bedarf.

An Beteiligung und Öffentlichkeit haben wir selbstverständlich großes Interesse. Wir gehen, bevor diese Maßnahmen anfangen, wenn Institutionen bereits existieren, gehen wir auf die Schulen zu und informieren sie darüber, was kommt, und dass nicht nur das Schulgebäude erweitert wird oder einen Neubau bekommt, sondern dass sie mit diesem Schulbau auch einen zusätzlichen baukulturellen Wert, nämlich Kunst am Bau erhalten, und auch darüber, wie sie einbezogen werden. Selbstverständlich werden die Institutionen als Sachpreisrichter in die Jurysitzungen einbezogen, und zusätzlich gibt es Formate wie Workshops mit Schülerinnen und Schülern oder gesonderte Schülerjurs im Vorfeld der Jurysitzungen, sodass die Meinungen der Schülerinnen und Schüler abgefragt werden und in die Jurysitzungen eingebracht werden können.

Noch ganz kurz zum Thema der Einbeziehung sogenannter junger Kunst, also Streetart, wobei auch manche Streetartkünstlerinnen und -künstler sehr viel älter als manch andere Künstlerinnen und Künstler sein können: Das ist möglich, soweit eine professionelle Grundlage dafür besteht. Ansonsten gibt es vor allem im Rahmen von Jugendkultureinrichtungen vielfältige Möglichkeiten für Streetart. Es gibt dort und auch im öffentlichen Raum legale Wände; das kennen Sie aus Mitte, Prenzlauer Berg, also Pankow, und natürlich Charlottenburg-Wilmersdorf. Wir haben in den letzten Jahren auch versucht, in Kooperation mit der Graffiti-Lobby gesonderte Projekte durchzuführen, die allerdings angesichts der semimafiösen Struktur, die in diesen Szenen existiert, im Rahmen ordentlicher Wettbewerbsverfahren, die bei der Vergabe öffentlicher Mittel notwendig sind, nicht einfach durchführbar waren, sodass wir ein geplantes Projekt in dieser Richtung aufgeben mussten und nicht durchführen konnten. Dieses Thema der Einbeziehung von Streetart ist also ambivalent.

Noch kurz zum Funkwerk Köpenick: Das Werk von Ingeborg Hunzinger war natürlich bekannt, ist gesichert worden und soll in den Umbau – das soll ja jetzt ein Hotel werden – integriert werden. Die Bezirke bemühen sich, soweit sie es stemmen können, sehr um die Siche-

rung von vorhandener Kunst am Bau. Die Dokumentation und Sicherung von vorhandener Kunst am Bau ist auch Bestandteil des sogenannten BNB-Wertungssystems. BNB steht für Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen. Wenn vorhandene Kunst am Bau existiert, werden auch für die Sicherung der Kunstwerke Punkte in diesem Wertungssystem zum Vorteil dieser Baumaßnahme eingestellt. Das wird also an verschiedensten Ebenen unternommen.

Zum Beispiel soll die Fußgängerunterführung vor dem Bahnhof Schöneweide rückgebaut werden; darin waren vier Wandbildmosaiken des Künstlers Klaus Roenspieß aus dem Jahr 1973/1974 eingebracht. Diese Mosaiken wurden gesichert; ein Teil von ihnen wird im künftigen Fahrradparkhaus vor dem Bahnhof Schöneweide eingebaut, ein anderer Teil soll möglicherweise in der Personenunterführung des neuen Bahnhofs Hirschgarten eingebaut werden. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt, und da wird alles versucht, was man nur machen kann. Das so weit von meiner Seite. – Ich gebe an Katinka Theis ab, die auch noch einmal angesprochen war.

Katinka Theis (KIÖR): Ich ergänze gern den Beitrag um die Frage nach der Demokratie in den Verfahren und den Beteiligungsmöglichkeiten, weil in den Wortbeiträgen immer wieder angesprochen wurde, inwieweit es welche gibt. Ich denke, beides verschränkt sich miteinander in der Form, dass es in dem ganzen Prozess Kunst am Bau und Kunst im Stadtraum eigentlich immer darum geht, durch Gremien und Beratungen Zugangsmöglichkeiten zu schaffen. Es gibt den Beratungsausschuss Kunst für den Berliner Senat; in jedem Bezirk gibt es einen Fachbeirat, der berät, was überhaupt ausgelobt wird, wie Arbeitsbereiche für die Kunst ausgeschrieben werden, und was für eine Verfahrenssumme angemessen ist. All das wird in einer bestimmten Zusammensetzung beraten. Das halte ich für einen wichtigen Punkt dabei. Wenn es zum Beispiel Bürgerinitiativen gibt, die bestimmte Anliegen zum Gedenken oder zu anderen Dingen haben, können sie in diesem Fachbeirat ihre Belange vortragen, und es wird nach Lösungen dafür gesucht. Ich denke, die Tätigkeit dieser Fachbeiräte ist ganz wichtig.

Ein anderer Teil sind die Verfahrenskosten, die eben auch angesprochen wurden. Wie Herr Schönfeld sagte, sind sie einerseits dafür da, dass tatsächlich Honorare in der nötigen Höhe ausgezahlt werden, was ja auch von der Senatsverwaltung festgelegt wird, und auf der anderen Seite machen sie einen demokratischen Prozess möglich. Wenn zum Beispiel bei einer großen Summe ein Wettbewerb offen ausgelobt wird, dann ist das ein langes Verfahren, an dem sich viele beteiligen können und dessen Zugänge nicht durch Künstlerinnen und Künstler, die große Erfahrung und tolle Referenzprojekte haben, beschränkt werden, sondern bei dem es zum Beispiel darum geht, Ideen einzureichen. Das macht ein Verfahren sehr viel teurer, bietet aber gleichzeitig mehr Zugangsmöglichkeiten. Das halte ich für einen ganz wichtigen Aspekt, der bei den Verfahrenskosten berücksichtigt werden muss. Wenn eine Summe kleiner ist, wird auch ein anderes Verfahren gewählt. Je kürzer die Wege werden, desto undemokratischer wird es. Von daher empfinde ich eigentlich die Berliner Kultur, wie in den letzten Jahren Wettbewerbe ausgelobt wurden, vorbildhaft.

Die letzten zwei Jahre hat die Kunst im Stadtraum durch die Kürzungen etwas gelitten. Ich möchte zu der Frage des Beratungsausschusses Kunst und der ABau noch einmal dazugeben, dass ich aus meinem Verständnis und der bisherigen Praxis erwartet hätte, dass der Beratungsausschuss Kunst weiter tagt, auch wenn die ABau überarbeitet wird, gerade aus dem Grund, dass zumindest der Beratungsausschuss Kunst Empfehlungen in den Teil der ABau hineingeben kann, in dem es um die Kunst geht. Dass das nicht mehr stattgefunden hat, emp-

finde ich als eine große Einbuße, und dass es daran gekoppelt wird, es versteckt zu machen und dann erst herauszugeben, während alle Fachleute, die jetzt mit Kunst am Bau zu tun haben, nicht wissen, was darin stehen wird, empfinde ich als großes Manko. – Damit gebe ich erst einmal weiter.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Herr Dr. Dobrick, bitte schön!

Dr. Peter Dobrick (Stadtbild Deutschland e. V.): Vielen Dank! – Zunächst einmal zur Frage, wie es zu dem abstrakten Symbolismus kommt, den ich so genannt habe: Ich glaube, das ist sicherlich Ausdruck der Hauptströmung der Kunst, die sich so entwickelt hat. Dafür gibt es auch Gründe; das will ich gar nicht bewerten. Es spiegelt die Hauptströmung der Kunst wieder und könnte so in vielen Fällen auch in Kunstmuseen ausgestellt werden.

Ich sehe eher das Problem, dass es nur einen Teil der Stadtgesellschaft mitnimmt und einen geschlossenen Kreis von Kunstschaffenden, die sich dann auch in den Gremien wiederfinden, repräsentiert. Wir haben hier das Problem eines Defizits der Repräsentation, was natürlich dazu führt, dass sich die Wertschätzung nicht entwickeln kann und die Mittel so relativ schnell um 86 Prozent gekürzt werden können. Da ist die Frage: Wie wird eigentlich die Stadtgesellschaft durch das, was an Kunst am Bau und im öffentlichen Raum hervorgebracht wird, abgeholt? Ich sehe auch, dass es punktuell hochrangige Kunst gibt – nur leider oft in Innenräumen –, aber dass man im öffentlichen Raum als Bürgerin oder Bürger den Eindruck hat, dass man eher mit Lieblosigkeit konfrontiert ist, dass es also gar kein künstlerisches Gesamtbild gibt, wie es zum Beispiel noch im 19. Jahrhundert in Paris der Fall war, oder auch wie Schinkel es gewollt und sich vorgestellt hat, dass also das Kunsthandwerk und die Künste zusammen den öffentlichen Raum aufwerten und prägen.

Damit komme ich zur Frage, wie sich die Gremien weiterentwickeln könnten: Vielleicht so, dass beispielsweise die Aufgabe des Beratungsausschusses Kunst erweitert wird und man sich zusammen mit anderen Kunstgestaltern von verschiedenen öffentlichen Betrieben, die unsere Stadt prägen, ein künstlerisches oder gestalterisches Konzept für die Stadtmöblierung überlegt, um öffentliche Räume für alle erlebbar aufzuwerten. Das wäre auch nicht so teuer, wie punktuelle Kunst zu finanzieren, wogegen ich grundsätzlich nichts habe, aber dort bestünde die Skalierungsmöglichkeit, und man könnte das dann breit als Muster anwenden. Das wäre das, was ich dazu noch zu ergänzen hätte.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Herr Einhoff, bitte schön!

Matthias Einhoff (ZK/U): Danke schön! – Ich will auf ein paar Fragen eingehen; es waren ja tatsächlich einige. – Vielen Dank für die Klarstellung der Unterscheidung von Kunst am Bau und Kunst im öffentlichen Stadtraum! Das sind tatsächlich sehr unterschiedliche Verfahren, die teilweise etablierter und teilweise jünger und deswegen verfahrenstechnisch auch weniger entwickelt sind. Nur noch einmal zur Klarstellung: Ich beziehe mich vorrangig auf Kunst im Stadtraum und will dazu auf ein paar Fragen eingehen.

Einmal gab es die Frage, ob es nicht ein zu hehres Anliegen sei, Teilhabe am demokratischen Prozess über Kunst herstellen zu wollen, und wie relevant das wirklich sei. Dazu will ich ein ganz anschauliches Beispiel aus dem Hause ZK/U zum Besten geben: Das ZK/U wurde zur documenta nach Kassel eingeladen, und gleichzeitig stand die Sanierung unseres Hauses an. Was wir dann gemacht haben, war, dass wir das wunderbare Holzsatteldach unseres Hauses genommen, es um 180 Grad gedreht und daraus ein Boot gebaut haben. Wir hatten zu diesem Zeitpunkt über fünf Jahre lang Communities unter diesem Dach. Wir haben diesen Communities, also Künstlern und auch lokale Initiativen, gesagt: Wir gehen jetzt auf die Reise nach Kassel; wir nehmen euch mit auf das Dach, und wir bringen verschiedene Lebensrealitäten zusammen, nämlich eure und die der ländlichen Bevölkerung. Wir fahren ja in einem Tempo von 4 km/h durch die Landschaft; es gibt also wirklich genug Zeit für die Leute, uns zu beobachten, und wir werden über zwei Monate jeden Tag an einem Ort mit ländlicher Bevölkerung ankommen. Es trifft dann also über zwei Monate eine urbane Gesellschaft mit Künstlerinnen und Künstlern auf eine ländliche. Ich würde behaupten, dass die jeweiligen Communities viel voneinander und darüber gelernt haben, wie die Lebensrealitäten der anderen sind. Das hatte auch nachhaltige Effekte und wurde sehr breit rezipiert; es lief unter anderem in der Tagesschau und hat mehrere Tausend Menschen erreicht. Das ist eine Form der Kunst, durch die, wie ich glaube, über die Begegnung unterschiedlicher Lebensrealitäten Demokratie entsteht.

Vielleicht noch einmal zu den demokratischen Anliegen: Ich glaube, der Kern von Kunst im öffentlichen Raum ist, dass ein Diskurs entsteht. Es soll ja nicht harmonisiert werden, sondern es soll anhand der Kunst überhaupt erst diskutiert werden, was uns als Gesellschaft ausmacht. Die Kunst soll einen Anlass bieten, das zu diskutieren und darüber nachzudenken, woran wir uns erinnern wollen, was gegenwärtig relevant und was zukünftig wichtig für uns als Gesellschaft ist. Das heißt, da haben wir auch manchmal Konflikte und Auseinandersetzungen, aber in einem Verfahren, das diesen Dialog überhaupt erst ermöglicht. Es ist, glaube ich, für die gesellschaftliche Meinungsbildung total wichtig, diese Orte zu haben, wo es überhaupt passieren kann, dass man unterschiedlicher Meinung ist. Deswegen glaube ich, dass das sehr wichtig für Demokratiebildung ist.

Zur Frage, wie Inklusion und Kommunikation dieser Projekte gelingen können, also dass auch Menschen, die vielleicht nicht im aktuellsten Kunstdiskurs bewandert sind, eingebunden werden können: Wir haben am ZK/U ein Verfahren entwickelt, mit dem wir sicherstellen, dass die Künstler, die wir einladen, bei uns zu arbeiten, zuerst eine ordentliche Recherche zu ihrer Umgebung machen, sich mit ihr beschäftigen, mit den lokalen Stakeholdern sprechen, also mit den Menschen, die tatsächlich dort leben, und sich mit ihnen und ihrer Lebensrealität auseinandersetzen und erst auf dieser Basis Projekte entwickeln. Es ist total wichtig, sich vorher mit diesen Lebensrealitäten auseinanderzusetzen. Dann, wenn diese Kunst stattgefunden hat, muss natürlich auch evaluiert werden, wen sie erreicht hat und wie sie die Menschen erreicht hat. Dann können wir Schlüsse ziehen, wie wir diese Verfahren verbessern können.

Zu der Frage, wie sich Künstler für den Erhalt von Gebäuden verstärkt einsetzen können: Künstler machen das die ganze Zeit, und das ZK/U ist auch ein wunderbares Beispiel dafür; es ist nämlich ein ehemaliger leerstehender Güterbahnhof in Moabit, der viele Jahre nicht genutzt wurde. Wir haben uns als Künstler dafür eingesetzt, dass er quasi ohne Mittel erhalten wird. Wir konnten ihn mit sehr wenigen Mitteln in einem ersten Schritt sanieren und dieses Zentrum entwickeln, und wir haben die Bürger eingeladen, mit uns dieses Haus weiterzuentwickeln. Daraus ist entstanden, dass wir noch einmal von der Europäischen Union und vom Land Berlin Mittel bekommen haben, um dieses Gebäude auf Grundlage der Erkenntnisse, die wir mit den Menschen gewonnen hatten, weiterzuentwickeln, und haben für das neue Gebäude, das jetzt erweitert wurde, gerade vor vier Wochen den DAM Preis für Architektur in Deutschland bekommen. Daran kann man sehen, dass diese Verfahren und die Einbindung von Künstlern und von Communities sehr wohl sehr erfolgreich beim Erhalt von Gebäuden sein können.

Ähnlich ist es beim Haus der Statistik: Dieses Gebäude stand über acht Jahre leer. Künstler haben sich eingesetzt und ein Narrativ entwickelt, das es den Menschen überhaupt erst ermöglicht hat, zu verstehen, dass am Alexanderplatz auch etwas anderes entstehen kann als Shoppingmalls, und dass man dort auch einen Kulturstandort haben kann. Diese Narrative haben wir über künstlerische Projekte etabliert und daraufhin ein Verfahren gestartet, das die lokalen Stakeholder, die Menschen, die dort leben, in die Planung einbindet. Auch da haben die Künstler wiederum über ihren Einsatz im öffentlichen Raum ein inklusives Verfahren entwickelt, das langfristig der Stadt sehr viel Geld sparen wird, denn wir haben dort ein funktionierendes Gebäude geschaffen, das eine große Akzeptanz in der lokalen Bevölkerung hat.

Es gab noch die Frage zu den vielen Kunstwerken. Es werden immer mehr Kunstwerke im öffentlichen Raum. Ich glaube, es ist durchaus sinnvoll, und es gibt auch bereits Verfahren, immer wieder zu evaluieren, was alles da ist und wie relevant es noch ist, und dazu Kommissionen einzusetzen. In Köln wurde „Der urbane Kongress“ ins Leben gerufen, weil man dort auch das Problem hatte, dass man nicht mehr alles pflegen konnte, und hat ein zweijähriges Verfahren entwickelt, in welchem diese Kunstwerke evaluiert wurden, was durchaus sinnvoll war.

Wenn es um die Sorgen geht, die angesprochen wurden, dann kann ich ganz einfach sagen: Meine größte Sorge ist natürlich, dass wir, wenn wir als Künstler Menschen erreichen wollen, eine verlässliche Infrastruktur brauchen, denn es braucht ein Vertrauensverhältnis mit den Menschen, die mit uns arbeiten wollen. Das ZK/U wurde, als es in Moabit gelandet war, sehr skeptisch beäugt, und es brauchte fünf Jahre, bis sich wirklich alle Menschen, auch die, die in diesen Kulturdiskursen nicht so bewandert waren, in unser Haus getraut haben. Das ist eine Vertrauensbildung, die entstehen muss, und sie entsteht nur über eine langfristige Finanzierung und nicht über kurzfristige Strohfeuer. Das ist meine größte Sorge, dass wir an den falschen Stellen sparen und am Ende in den Communities die Kosten tragen, indem wir sehr viel höhere Kosten haben, beispielsweise durch Schäden, die durch eine nicht funktionierende Community entstehen, die wir durch andere Maßnahmen auffangen müssen. Ich würde mir wünschen, dass diese Sorgen ernst genommen und Infrastrukturen, Ankerorte und Anlaufstellen geschaffen werden, die länger da sind als nur ein Jahr oder zwei Jahre, auf die sich die Menschen verlassen und auf die sie vertrauen können, auch wenn sie nicht aus der Kunstszene kommen. – Danke schön!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Frau Falat, bitte schön!

Elke Falat (Kulturwissenschaftlerin): Ich hoffe, ich habe alle Fragen mitbekommen! – Es hat sich ja bewährt und konkretisiert, was du gesagt hast. Es ging um Beteiligung und wie man sie erreicht. Da schließe ich mich direkt meinem Vorredner an: Die Vertrauensbildung ist wichtig; sie braucht Zeit, und Zeit kostet Geld, das wissen wir alle.

Ich beziehe mich wieder auf das Beispiel Kunst im Stadtraum am Hansaplatz und möchte ergänzen, dass das Beteiligungsverfahren nicht nach Schema F funktioniert, da sich die Viertel hinsichtlich ihrer Bevölkerungs- und Altersstruktur unterscheiden. Das Hansaviertel ist nicht Charlottenburg, nicht der Wedding, nicht Neukölln. Man muss genau schauen, wie man sich dem nähert. Natürlich wäre mehr Zeit schön. In meinem Fall war das ganze Projekt auf zwei Jahre angelegt – vom ersten Ansprechen der Leute bis zum fertigen Projekt –, was irre wenig Zeit ist.

Angefangen haben wir damit, Einladungen in die Briefkästen zu werfen, denn woher sollen die Leute es sonst mitbekommen? Wir haben mit den Stakeholdern gesprochen, unter anderem auch mit dem Bürgerverein. Der Bürgerverein Hansaviertel gehörte zu den ersten, die wir zu erreichen versucht haben. Ich war auch mehrfach bei ihnen eingeladen und habe das Projekt vorgestellt. Das führte innerhalb des Bürgervereins zu sehr angeregten Diskussionen; es gab Leute, die es befürwortet haben, und andere, die es nicht so gut fanden. Letztendlich war das ganz wichtig, denn es war eine Vertreterin des Bürgervereins Hansaviertel, die wir als Repräsentantin und Sachpreisrichterin im Verfahren hatten. Deswegen ist es wichtig, auf alle Leute zuzugehen, und es ist uns in dem Fall auch ganz wunderbar gelungen.

Dass natürlich nicht immer alle Leute alles toll finden, ist ohnehin klar, aber ich finde auch wichtig, wie sich bestimmte Dinge entwickeln. Denn dieses Projekt ist bei manchen Leuten auf Ablehnung gestoßen, was mir auch kommuniziert wurde; ich führe jetzt allerdings ein weiteres Projekt im Hansaviertel durch, und wenn mir die Leute begegnen – wir kennen uns ja –, dann heißt es auf einmal: Das war ja toll damals, die Schafe, ganz toll! – Es ist auch so, dass bestimmte Kunstwerke prozessiert werden müssen. Die Wahrnehmung darauf verändert sich, oder die Menschen verändern sich, tauschen sich mit anderen Leuten aus und finden es auf einmal gar nicht mehr so schlimm, sondern auf einmal ganz toll. Das passiert also auch. Da wäre aber noch einmal mein Appell: Zeit und Kontinuität sind ganz wichtig, denn es ist enorm viel Aufwand, Vertrauen und eine Community aufzubauen, und wenn es große Unterbrechungen gibt, ist das wirklich ein großer Schaden.

Es gab noch die Frage nach Beteiligungsformaten an anderen Orten. Ich war unter anderem einmal für die Stadt Wolfsburg im Rahmen einer Konzeptentwicklung für die Porschestraße tätig; dabei ging es um die Transformation von Innenstädten und darum, was Kunst und Kultur dabei leisten können. Damals gab es ähnliche Beteiligungsformate, auch mit Bürgerbefragungen in der Fußgängerzone; das hieß „Let’s talk about Porschestraße!“ und war auch sehr niedrigschwellig. Wir haben die Menschen auf der Straße angesprochen, was für Kunst sie in der Porschestraße gut oder nicht gut finden, also genau das, was gefordert wurde. Daraus abgeleitet gab es eine Mitmachkonferenz, die den Titel „Kunst? Was soll das?“ hatte, also genau da angesetzt hat, wo die Bedenken und die Kritik waren: Was soll das denn? Das ist doch alles doof! Das verstehe ich nicht! – Da haben wir eben genau zugehört. Das hilft, und es hilft

auch, die Bedenken mitzunehmen, vielleicht umwandeln zu können, in den Austausch zu gehen und sie eventuell auch zu entkräften.

Das Altersspektrum bei KISR, also bei dieser Schafsaktion am Hansaplatz, war tatsächlich sehr durchmischt. Bei der Versorgung der Schafe hatten wir hauptsächlich Familien mit Kindern, die natürlich Spaß daran hatten, sich um die Tiere zu kümmern; bei der Demo hatten wir von den Jüngsten im Kinderwagen bis zu Greisen am Rollator alle dabei, auch einige Menschen im Rollstuhl. Man kann wirklich sagen, dass die Stadtgesellschaft da präsent war. Bei den Workshops haben wir sowohl ältere Menschen als auch Kinder und Jugendliche erreicht.

Die Frage zu Murals und Graffiti könnte ich bezogen auf meine Wolfsburger Geschichte beantworten: Bei „Let’s talk about Porschestraße!“ und „Kunst? Was soll das?“ kam auch die Frage auf, wer repräsentiert ist und wer nicht. Wir haben gezielt versucht, mit Jugendlichen und jungen Menschen genau auf das Thema Graffiti einzugehen und Flächen dafür zu finden. – Ich glaube, das waren alle Fragen an mich.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Frau Goltz, bitte schön!

Sophie Goltz (Kuratorin): Ich hoffe, es gibt noch drei Minuten Energie. Zunächst einmal vielen Dank an Herrn Wesener für die Glückwünsche! – Vielleicht als Hinweis zu „Kunst im Untergrund“ zur inhaltlichen Klarstellung: Es handelt sich dabei nicht um eine subkulturelle Vereinigung, sondern um Kunst in U-Bahn-Stationen, deswegen „Untergrund“ wie in „U-Bahn“.

Was ich vielleicht zu wenig deutlich gemacht habe und was mir in dieser Diskussion ehrlich gesagt ein bisschen fehlt: Natürlich geht es angesichts von Kürzungen immer erst einmal um Strukturert, aber es geht auch um eine Weiterentwicklung, und man sollte nicht aus dem Blick verlieren – es gibt ja jetzt auch einen Wahlkampf –, dass es auch um den Standortfaktor geht. Kunst im Stadtraum und Kunst am Bau spielen eine Rolle dabei, wie Berlin international gesehen wird. Das war die Frage in Hamburg: Man hat gemerkt, dass man international nicht mehr relevant ist; daher die Idee der Stadtkuratorin. Ich denke, es geht auch um den Erhalt. Der BAK kommt dann zurück oder nicht; das wissen wir nicht. Aber man sollte auch schauen, was eine internationale Perspektive auf das Ganze ist.

Da komme ich zu der Frage nach Singapur: Das zu beantworten, ist sicherlich sehr komplex, weil man es im Grunde nicht vergleichen kann, aber ich habe gelernt, groß und international zu denken, denn dort wird sehr stark darauf geschaut, welche Rolle Kultur als Wirtschaftsfaktor spielt und – da verweise ich auf den Kollegen Dr. Dobrick – welche Bedeutung das Stadtbild zum Beispiel für den Tourismus hat.

Zur Situation der nGbK am Alexanderplatz würde ich sagen, dass das ein Ort mit sehr hoher Fluktuation und sehr unterschiedlichen Biografien und Lebensgeschichten ist, die sich da situativ treffen, und das ist etwas, was ich vielleicht auch aus Singapur, einem multireligiösen, multiethnischen Stadtstaat, mitnehmen konnte, nämlich dass man nicht von der eigenen Perspektive auf den öffentlichen Raum ausgehen kann und zum Beispiel mit dem Thema Nudity ganz anders umgehen muss, da auch der Islam in der öffentlichen Kultur eine Rolle spielt. – Damit lasse ich es bewenden.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Frau Goltz! – Herr Abgeordneter Wesener, bitte schön!

Daniel Wesener (GRÜNE): Ich will jetzt gar nicht verlängern; ich wollte nur darum bitten, meine Frage nach der Urbanen Praxis vielleicht ansatzweise zu beantworten. – Dazu habe ich von Ihnen nichts gehört, Frau Staatssekretärin!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Herr Rehders wird das übernehmen. – Bitte schön!

Helge Rehders (SenKultGZ): Entschuldigen Sie, lieber Herr Wesener! Ich habe mir Ihre Frage nicht bis ins Detail gemerkt, aber der Sachstand zur Urbanen Praxis ist so, dass wir die Geschäftsstelle in der Stiftung für Kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung erhalten. Es war unser Plan, dass sie auch ohne einen Projektfonds als Beratungs- und Fazilitierungsagentur wirken sollte, insbesondere in Richtung der Bezirksämter, was die Genehmigung von Veranstaltungen im öffentlichen Raum angeht, aber auch in Richtung Antragstellende, was die Multibeantragung von Genehmigungen betrifft. Dann kam dankenswerterweise aus der Koalition doch noch ein Mini-Projektfonds, nämlich 300 000 Euro im Titel 68628. Die werden wir ausschreiben, sobald wir mit den Vorbereitungen dazu fertig sind. Das wird relativ bald passieren.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Herr Rehders! – Das war es dann. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. – Es bleibt mir nichts anderes mehr übrig, als unseren Angehörten für ihre Teilnahme und ihre Expertise zu danken. Sie sind natürlich aufgefordert, die restliche Zeit gern noch mit uns zu verbringen; Sie können aber auch sofort Ihrem Tagewerk nachgehen. Vielen Dank!

Ich schlage vor, dass wir Punkt 3 der Tagesordnung abschließen, weil wir es mit unserem Pensum für die nächsten Monate wahrscheinlich nicht mehr schaffen werden, die Anhörung auszuwerten. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so. Ich schließe Tagesordnungspunkt 3 ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/2168

**Kunst und Denkmale im öffentlichen Raum schützen
– Gegen Vandalismus und ideologische Eingriffe**

[0298](#)
KultEnDe
StadtWohn(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/1924

**Berliner Kultur und Kulturförderung nachhaltig
ausrichten**

[0282](#)
KultEnDe
Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.